

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohnmenschenpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. aus schließlich Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 13698.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gefaltete Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonne und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 19/21. Telephon 2721. Geschäftzeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonne und Feiertags geschlossen.

An die Wähler des 12. und 13. sächsischen Reichstagwahlkreises.

Der Tag der Entscheidung ist gekommen, der Tag, an dem es Euch gegeben ist, abzurechnen mit allem, was Euch hundert und büttelt, der Tag, an dem Ihr — einmal in fünf Jahren — eine Waffe schwingen könnt, die Eure Unterdrücker ins Herz trifft.

Um was es sich dieses Mal handelt, Ihr wisst es.

Um die

Vernichtung des persönlichen Regiments,

das Deutschland im Reigen der modernen Kulturvölker völlig isoliert, indem es ihnen bald mit unerbetenen Schmelcheleien nachläuft und sie bald durch ödes Säbelrasseln zu schrecken sucht.

Um die

Vernichtung einer Kolonialpolitik,

die angeblich den Weltmarkt erobern will, aber tatsächlich den Weltkrieg vorbereitet, die Hunderte von Millionen und Tausende von Menschenleben in einen unersättlichen Schlund schüttet, die selbst ein Mann wie Bismarck, ehe er vom Größenwahn ganz verblendet war, mit einem blendenden Gaukelwerk verglichen hat, mit dem seidenen Zobelpelze, der verbergen solle, dass man daheim nicht einmal ein Hemd auf dem Leibe habe.

Um die

Vernichtung des Brot- und Fleischwuchers,

der die Preise der notwendigen Lebensmittel auf eine unerschwingliche Höhe treibt, Eure körperliche und damit auch Eure geistige Kraft lähmmt, Eure Frauen und Kinder entnervt, den Hunger zum ständigen Gaste an Euerem Tische macht.

Um die

Vernichtung der Klassenjustiz,

die mit ihren bluttriefenden Urteilen Euer Ringen um ein menschenwürdiges Dasein niederschlägt und Eure Kameraden, die Ihr zu Euren Wortführern erwählt habt, auf lange Jahre in ihre Kerker mauert.

Doch es ist unmöglich, die ganze Liste der Sünden zu erschöpfen, mit denen die herrschenden Klassen an Euch gefrevelt haben. Ihr spürt sie alle am lebendigen Leibe, und jede Wunde, die Euch schmerzt, muss Euch daran erinnern, dass morgen der Tag der Sühne ist.

Wähler! Was haben Eure Gegner Euren gerechten Beschwerden entgegenzusetzen? Nichts als hohle Phrasen.

Sie können sachlich nicht eine Eurer unzähligen Anklagen und Beschwerden widerlegen.

Sie wollen einfach gewählt sein als „Ordnungspartei“, als „nationale Partei“, im Namen des Vaterlandes, der Monarchie und der „heiligsten Güter“ der Menschheit.

Worauf stützt sich dieser Ihr Anspruch? Darauf, dass sie dem Marinismus und dem Militarismus ungemessene Opfer bringen.

Aber sie bringen diese Opfer nicht aus eigener Tasche, sondern aus der Tasche der unbemittelten Volksklassen, aus der Tasche der „vaterlandslosen Gesellen“.

Wenn die ausgepowerten Massen auch nur einen leisen Seufzer des Protestes gegen die wahnwitzige Verschwendungen laut werden lassen, die mit ihrem Gut und Blut getrieben wird, so suchen die „nationalen Parteien“ sie mit dem Schimpf des Verrats am Vaterlande zu brandmarken.

Aber so sieht Euch doch diese „nationalen Parteien“ an, die um Eure Stimme buhlen, unbescheidener als die berüchtigsten Menschenschlächter, von denen die Geschichte zu erzählen weiß. Denn diese Menschenschlächter waren wenigstens nicht um den Beifall der Massen, die sie auf die Schlachtkbank schleppen.

An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!

Seht den „nationalen Parteien“ nicht aufs Maul, sondern auf die Fäuste.

Sie führen die Nation, das Vaterland nur im Munde und sind jeden Tag bereit, sobald es der Profit erheischt, Nation und Vaterland ans Ausland zu verraten.

Sie unterstützen das Ausland im Wettbewerbe mit den eigenen Volksmassen,

Sie plündern das ganze Erwerbsleben aus, um ihre eigene, verschwindend kleine Sippe zu bereichern.

Sie schwören auf die Monarchie, auf Kaiser und Reich, auf König und Vaterland, aber sie lassen mit höhnischem Gleichmut alle Thronen krachen, wenn deren Inhaber einmal, aus dem begreiflichen Instinkte der Selbsterhaltung, einen zaghaften Versuch machen, sich der allzu unbeschämten Plünderung der Volksmassen zu widersetzen.

Die „nationalen Parteien“ waren es, die im Jahre 1866, als die sächsischen Arbeiter im Soldatenrock auf den böhmischen Schlachtfeldern im Kampfe mit den Preussen bluteten, hochverräterische Beziehungen zu dem Landesfeinde suchten und die Entthronung der angestammten Dynastie von Bismarck erbettelten. Das verlangte damals das „Geschäft“ so, während heute das „Geschäft“ verlangt, dass die „nationalen Parteien“ mit grinsendem Behagen die Klassenjustiz begrüssen, die die historische, sachlich unanfechtbare Kritik an längst vermoderten Vorfahren der Wettiner mit schweren Gefängnisstrafen ahndet.

Den ‚nationalen Parteien‘ ist alles feil

die Monarchie wie die Nation und das Vaterland, und nicht zuletzt ihre eigene Ehre. „Stets erbötiig, das Hemd zu wechseln und die Haut, wenn nötig“ ist vor allem die nationalliberale Partei, die über und über trieft von dem Schmutze des Verrats, den sie seit vierzig Jahren an ihren eigenen, an den liberalen Prinzipien begangen hat.

Es war ganz im echtesten Gelste dieser

durch und durch arbeiterfeindlichen und volksverräterischen Partei,

dass Ihr Kandidat für die Stadt Leipzig vor wenigen Tagen sagte, der gewerkschaftliche Kampf um die Erhöhung der proletarischen Lebenshaltung habe den hungrigen Wolf des Fleischwuchers in die deutschen Grenzen gelockt.

Wähler! Wollt Ihr zu allem, was auf Euch lastet, noch solchen Hohn ertragen? - Wollt Ihr Euch ewig das elende Geschwätz vorreden lassen, womit Euch die Sophisten und Sykopanten des Profits die Tatsache verheimlichen möchten, dass der tote Vampyr des Kapitals sein gespensterhaft-unheimliches Leben allein aus Eurem lebendigen Fleisch und Blut schöpft?

Das Kapital ist eine tote Masse, die sich erst belebt, indem sie die Arbeitskraft aufsaugt. Die ganze „Wohltat“, die der Arbeiter von der kapitalistischen Gesellschaft erhält, besteht darin, dass sie ihm gerade die nackte Notdurft gewährt, die notwendig ist, seine Arbeitskraft zu erhalten. Mehr gibt sie ihm nicht, mehr kann sie und mehr wird sie ihm auch niemals geben, denn ihr Zweck ist nicht, die Bedürfnisse der Gesamtheit zu befriedigen, das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder zu fördern, sondern Mehrwert und abermals Mehrwert zu hecken, der sich in der Form ungezahlter Arbeit zu Milliarden häuft in den Händen einer winzigen Anzahl von Kapitalisten, während die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter darbt und hungert.

Gegen die übermächtige Gewalt des Kapitals gibt es nur eine Gegenwehr: die Eroberung der politischen Macht durch die Masse der Unterdrückten.

Das **allgemeine Wahlrecht ist die Menschwerdung der Gesellschaft gegen die entmenschte Fratze des Kapitals;** mit dem Stimmzettel erwacht die Menschenwürde und das Recht der Persönlichkeit gegen den toten Götzen des Mammons; die politische Betätigung ist das einzige Gegengewicht, das die grosse Masse der Enterbten gegen Ihre Ausbeuter in die Wagschale zu werfen hat.

Handhabt morgen dies Gewicht, wie es Männern ziemt, die in ihrem Wohle die Rettung ihrer Klasse, in der Rettung Ihrer Klasse die Zukunft der menschlichen Gesittung sichern. Vergesst nicht, dass der

wuchtige Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts

das einzige Mittel ist, Euch dies einzige und auf die Dauer unwiderstehliche Werkzeug Eures Befreiungskampfes zu erhalten.

Denk an die ruchlosen Staatsstreichpläne, die Bismarck gegen das allgemeine Wahlrecht ausgeheckt hat. Bismarck ist tot, aber **die Bismärcker sind geblieben.** Sie sehnen den Tag herbei, wo sie die scharfe Waffe zerbrechen können, die sich die Arbeiter in der heißen Glut zahlreicher Wahlkämpfe geschmiedet haben. Von ihrer Gerechtigkeit habt Ihr nichts zu hoffen, aber alles von ihrer Angst. **Strömt morgen in so überwältigenden Massen zur Urne, dass allen Wahlrechtsräubern „das feige Herz, das falsche Herz im Leibe bebt“.**

Rettet dem „roten Königreiche“ den ehrenvollen Ruf, den es sich überall in der gesitteten Welt erworben hat.

Nur die Sozialdemokratie darf morgen in Sachsen triumphieren!

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind

in Leipzig-Stadt

Heinrich Lange

Stadtverordneter in Leipzig.

in Leipzig-Land

Friedrich Geyer

Zigarrenfabrikant in Leipzig.

Der Wahlkampf im 13. Wahlkreis.

Eine imposante Versammlung tagte gestern abend im Zeltenkeller. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Goldstein aus Bwidau beleuchtete in etwa zweistündiger Rede die banalste Kolonialpolitik, gerzaute das Märchen von der großen Zukunft unsrer Kolonien, von denen der Kolonialdirektor behauptete, dass sie dermalein und klasse, Städte, Tabak, Salzstuf und vieles andre liefern würden. Aber nicht nur unsre Kolonialpolitik, sondern unsre gesamte auswärtige Politik habe in der schmählichsten Weise bankrott gemacht. Das beweise die völlige Isolierung Deutschlands. Alle noch so reaktionären Vorlagen der Regierung seien vom Reichstag abgelehnt worden. Nun er einmal von einer Kolonialförderung einen Abstech von einigen Millionen gemacht habe, habe man ihn davongetragen. Aber wenn der Bleichstag zu einer Vorlage nicht auch einmal nein sagen dürfe, dann sei er überhaupt überflüssig. Der Reichstag lasse hoffen, dass er einen Bloß zusammenbekomme, der ihm alle Forderungen für Heer, Marine und Kolonien bewillige. In den Kolonien sei so viel Geld verpulvert worden, dass man endlich

einen Haft gebieten müsse. Die Lasten des Volkes seien doch wahrschlich schwer genug. Der neue Holltarif belaste jeden Arbeiter um 33 bis 34 Ml. mehr. Jeder Arbeiter mit einem Einkommen von 900 Ml. habe davon 100 Ml. an indirekten Steuern zu zahlen. Die Bestehenden verständen es immer ausgezeichnet, die Lasten von sich ab und auf die breite Masse zu wälzen. Direkte Steuern, die die großen Einkommen schärfster heranzögern würden, würden abgelehnt. Mit solcher Politik müsse man unter allen Umständen aufzutun. Brausender Beifall folgte diesen Ausführungen. Ein konservativer Redner, Herr Büß, fragte beiseitig an, ob man ihn anhören wolle. Die Versammelten bejahten lebhaft. Wenn sie aber im voraus eine Abnung von den politischen Unruhen dieses Herren gehabt hätten, hätten sie wohl kaum so lebhaft zugestimmt. Die Ausführungen lösten einen Heiterkeitssturm nach dem andern aus. Herr Büß meinte, er habe viel gelesen und wisse, dass Frankreich unser ärgerster Feind sei; deshalb dürfe man die Regierung nicht in der schmählosen Weise angreifen, wie es der Referent getan habe; denn wenn die Regierung geschwächt werde, so komme der Feind und schlage uns tot.

Nach dieser Deutung des bürgerlichen Mischmaschs meldete

sich Genosse Müller und ergänzte das Märchen vom Feind. Herr Büß habe den Versammelten empfohlen, nicht nur die Leipziger Volkszeitung, sondern auch die deutsche Geschichte zu lesen, aber seine Ausführungen hätten nur bewiesen, dass Herr Büß eine Erweiterung seiner Geschichtskennnis weit nötiger habe als die, an die er die Aufforderung richtete. Der Redner wies darauf hin, dass wenn die Missionen, die nutzlos in die Kolonien geworfen werden, für die Arbeiterversicherung aufgewendet würden, weit Besseres getan würde. Genosse Henning führte aus: Wenn der konservative Herr Büß jemals etwas von unsrer Arbeiterbibliothek gehört hätte, würde er sein Geschwätz für sich beibehalten haben. Im weiteren macht er die Unversendenden darauf aufmerksam, dass in einer vorgestern abgehaltenen, vom Mischmasch einberufenen Wählerversammlung der Pastor Wiedemann in Plagwitz in außerordentlich ruppiger Weise die Sozialdemokratie beschimpft und verleumdet habe. Deshalb sei der ehrenwerte Pastor zu der heutigen Versammlung eingeladen, um seine Ausführungen zu wiederholen. Werde heute konstatiert, dass er nicht erscheint, so sei damit die Echtheit der Kampfesweise und der Mut des Herrn Wiedemann ins rechte Licht gerichtet.

Herr Büch macht noch einen Ausführungsversuch. Argentiniisch habe er wohl ein bisschen hart mitgenommen, aber das habe ihm nahe gelegen, weil Deutschland damit den letzten Sieg gehabt habe.

In seinem Schlusswort führte Genosse Goldstein aus: Mit Büch wolle er sich nicht beschäftigen. Seine Aussführungen seien von zu geringem politischen Verständnis getragen. Nachdem er noch kurz die Kolonialfregatte und die Arbeiterschöpfung gegenübergestellt hatte, schloss er mit der Aufrufrede an die Anwesenden, der Regierung und den bürgerlichen Parteien am 26. Januar die gebührende Antwort zu geben.

Im Albertshofen wurde gestern ebenfalls eine Versammlung abgehalten, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigte. Genosse Wittig referierte.

Um Schlosserlädchen zu Gohlis tagte eine Wählerversammlung. Genosse Wendel referierte. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende kritisierte das Verhalten der Gegner im 13. Wahlkreise in ihren Wählerversammlungen. Man schließe die Sozialdemokraten aus, um sie dann in der gemeinsten Weise zu beschimpfen; in den Berichten der bürgerlichen Blätter heißt es dann: Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Reichstagswählerversammlung in Probstheida. Eine gut besuchte, leider nur kurze Wählerversammlung tagte hier am Mittwoch, den 23. Januar. Als der Referent, Genosse Schröder, nachdem er kaum fünf Minuten geredet hatte, das Wort „Blutjustiz“ gebrauchte, entzog ihm der Leiterwache das Wort. Als der Referent das Wort „Blutjustiz“ definieren wollte, wurde die Versammlung aufgelöst. Die Antwort wird sein: die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Friedrich Geyer.

Die Wählerversammlung in Cotta, die gestern abend im Reichsabteil abgehalten wurde, verfiel der polizeilichen Auflösung. Genosse Blotzke, der Referent, hatte bereits über 1½ Stunden gesprochen und, vom Beifall der etwa 300 erschienenen Wähler unterbrochen, die Politik der nationalen Parteien, die Massenjustiz, die Kolonialpolitik mit Rutensteichen gegeißelt, als bei einer gelegentlichen Bemerkung über die Polizei in den politischen Versammlungen ein von der Amtshauptmannschaft gesandter Beamter in Civil dem Genossen Blotzke auffiel, er solle darüber nicht sprechen. Auf den Hinweis des Genossen Blotzke, daß er der Jurisprudenz des Reichsabteils unterstehe, entzog der Abgeordnete der Amtshauptmannschaft dem Genossen Blotzke das Wort, und als dieser Widerspruch dagegen erhob, löste der Herr die Versammlung auf. Unter Pflichten gingen die begeisterten Versammlungsleute nach einander. Neben dieses neueste Stückchen der sächsischen Polizei ist Beschwerde eingereicht.

In der am Mittwoch abend im Gasthof zum Kronprinz in Zwenkau abgehaltenen, von etwa 300 Personen besuchten öffentlichen Wählerversammlung referierte Genosse Karl Schulze aus Leipzig. Zur Bewachung waren sieben Beamte aufgeboten.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute im Gasthof zum Kronprinz tagende Wählerversammlung erklärt, dem Kandidaten der Nationalliberalen keine Stimme zu geben, und zwar:

1. weil die nationalliberale Partei nur noch dem Namen nach besteht, schon längst ihr Programm mit Füßen getreten hat und nur noch die Schleppenträgerin in der konföderativen Partei ist;

2. weil die nationalliberale Partei unter ihrem Führer Bossermann durch einen Staatsstreich den Solidarif zur Annahme verholt hat;

3. weil die nationalliberale Partei an der Spitze der Reaktion marschiert;

4. weil die nationalliberale Partei keine Gewähr für das Fortbestehen des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlsrechts leistet; Beweis: ihr Verhalten bei der Aenderung des Wahlsrechts zum sächsischen Landtag;

5. weil die Freiheit der nationalliberalen Partei soweit geht, daß sie sich scheut, vor der breiten Öffentlichkeit Stube und Antwort über ihre bisherige Tätigkeit zu geben.“

Nach einer Aufrufrede des Vorsitzenden zu reicher Wahlbeteiligung wurde die Versammlung geschlossen.

In einer am Dienstag abend im Galath zum Gambrinus in Liebertwolkwitz abgehaltenen Versammlung der „Ordnungs“-partei sprachen der Landtagsabgeordnete Dürr und Professor v. Krause aus Leipzig über: „Unsere Kolonialpolitik und die bevorstehende Reichstagswahl.“ Es lohnt sich nicht, näher auf diese Reden einzugehen. Unseren Rednern wurde nur 15 Minuten Redezeit gewährt, trotzdem Vorstandmitglieder des Bitterländer Vereins in unserer Versammlung erklärten, es würde unbeschränkte Redezeit gewährt. Die Genossen Scheffler und Schmidt aus Leipzig traten den Rednern entgegen. Ein Leiter versuchte nachzuweisen, daß auch der kleine Bauer aus den Betriebszonen Ruinen zöge. Eine Erwideration wurde von Herrn Dürre verhindert. Darauf sahen sich unter Genossen veranlaßt, den Saal zu verlassen. Herr Prof. v. Krause mußte sein Schlusswort vor fast leeren Bänken halten.

In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung, die gestern abend im Schülhaus zu Taucha abgehalten wurde, sprach Genosse Häßel über die Reichstagsauflösung und die bevorstehenden Neuwahlen. An der Diskussion beteiligten sich u. a. Referendar Kuhn und Schatzdirektor Kluttig. Sie vertheidigten die Kolonialpolitik und forderten die Anwesenden auf, den bürgerlichen Kandidaten Hülfner zu wählen. Ein nationaler Arbeiter, Müller heißt er, lobte die soziale Gesetzgebung über das Bohnenfeld und versuchte die Sozialdemokratie herunterzutreten. In seinem Schlusswort fertigte der Referent die Gegner in gebührender Weise ab. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, dem Sozialdemokratischen Verein beizutreten und die Leipziger Volkszeitung zu abonnieren. Weiter gibt er bekannt, daß Anfragen in Wahlangelegenheiten an Genossen Häßel zu richten sind. Die Wahlergebnisse werden am 25. Januar, abends, im Deutschen Haus bekannt gegeben.

In seinem Schlusswort ging Genosse Lange auf einige Einzelne ein und betonte nochmals die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie zur Mittelstandsfrage.

1. Januar 1907 ½ Stunde pro Tag Arbeitszeitverkürzung zu geben. Was man auf der einen Seite den Arbeitern durch Einführung des Buchdruckertariffs in Gestalt einer Lohnerschöpfung gegeben hat, das hat man ihnen auf der anderen Seite durch Verlängerung der Arbeitszeit wieder genommen. Auf dieselbe Weise sind die Gehilfen der Firma J. J. Weber bei der diesmaligen Tarifausführung leer ausgegangen, obwohl die Firma ihren Auftraggeber eine bedeutende Erhöhung der Druckpreise angekündigt hat und als Grund die Lohnbewegung im Buchdruckergewerbe angibt. Hier ist wieder ein Beispiel aus der Praxis gegeben, wie sich und zugleich rücksichtslos es die Prinzipale versuchen, die Situation auszunutzen. Durch die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ist es den dortigen Arbeitern leider versagt,

daß sie bis jetzt an der Ausperrung insgesamt 6617 Personen beteiligt, von denen aber gegen 1000 abgereist oder anderwärts in Stellung getreten sind.

Arischerstreik in Rotterdam. In der Königl. Pechwarenfabrik in Rotterdam sind Differenzen ausgebrochen. Die deutschen Arbeiter werden erachtet, den Betrieb fernzuhalten.

Die 2. Weltbewegung in Rosario. Nach Meldungen aus Rosario hat sich dort die Lage verschärft. Die Eisenbahnbauamts, die Straßenbahnen und fast alle Handwerkerverbände haben sich dem Ausstand angelassen. Auch die Schiffssiedler im Hafen haben sich solidarisch verpflichtet, die Arbeit niederzulegen. Die Unternehmer machen die Staatsgewalt für sich mobil. Um den Faden zu überwachen, ist ein Kriegsschiff nach Rosario gesandt worden.

Gerichtsstaat.

Schwurgericht.

Versicherungsbetrug und versuchter Brandstiftung. (Fortsetzung.) Der Kriminalwachtmeister Goldfeind, der Feuerwehrmann Kraus und einige andere Zeugen bekunden, daß sie von Anfang an einen Petroleumbrand an den Sachen wahrgenommen hätten, die während des Brandes in den Hof geworfen wurden. Der Warttheater Winter, den der Angeklagte der Brandstiftung beschuldigte, sagt aus, daß er an dem Brandtag früh im Bett gelegen habe und erst bei dem Feueralarm aufgestanden sei. Einer Nachbarin der Familie Morawicz ist es aufgefallen, daß an dem Brandtag die Vorhänge in der Wohnung des Morawicz fest zugesogen waren, was sonst nie geschah. Die Frau des Angeklagten erklärt, daß sie die Veranlasserin zur Versicherung gewesen sei. Neben dem Vorbe, der als Brandherd in Betracht kommt, hätten schon vor ihrer Abreise zu den Eltern Glaschen mit Petroleum gestanden. Später seien diese allerdings nicht mehr aufzufinden gewesen. Eine andre Bewohnerin des fraglichen Hauses berichtet auch die Frau des Angeklagten, indem sie erzählt, es sei ihr aufgetallen, daß die Frau Morawicz viel schweres Gerät auf die 14-tägige Reise mitgenommen habe; gleich nach dem Brand hatten in der Morawiczschen Wohnung verschiedene wertvolle Gegenstände gefehlt. Im Anschluß daran erörtert der Vorsitzende die Möglichkeit, daß die Frau Morawicz diese Sachen erst einige Zeit nach dem Brand an Ort und Stelle gebracht habe. Der Angeklagte und seine Frau bestreiten das entschieden. Die weitere Beweisaufnahme förderte eine Reihe für den Angeklagten günstige Umstände zutage. Herr Adam, bei dem Morawicz in Stellung war, sagt aus, daß sich M. stets gut gefühlt habe. Interessant gestaltete sich dann die Vernehmung des Untersuchungsrichters Sommerfeld, der sich heftig dagegen wehrt, in der Verhörlaufung den Angeklagten und einzelne Zeugen verwirrt und am Ausreden hindert zu haben. Dabei kam es zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Untersuchungsrichter und dem sehr gewandten Angeklagten. Der Vertreter der Justiz mußte schließlich einige Erklärungen abgeben.

Der Sachverständige, Chemiker Dr. Bach, glaubt, daß der Brand zweifellos durch Begeisterung mit etwa einem Liter Petroleum entstanden sein müsse. Es sei die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß ein Licht auf den Korb gestellt sei und in einigen Stunden heruntergebrannt sein könne. Wodurch vielleicht der Korb, trotz der Abreise des Angeklagten, entzündet wurde. Einen sehr bestimmten Eindruck macht jedoch das Gutachten des Sachverständigen nicht.

Der Staatsanwalt suchte auf Grund einer Fülle von Indizienbeweisen die unabdingte Schuld des Angeklagten festzustellen und ersuchte, die Schuldfragen zu bejahen, wenn auch mildernde Umstände zugunsten seien. Der Verteidiger legt den Geschworenen ausführlich den zweifelhaften Wert der Indizienbeweise dar. Dem Angeklagten sei positiv nichts zu beweisen; eine Menge günstiger Zeugenaussagen ständen ihm zur Seite. Außerdem sei es nicht ausgeschlossen, daß der Brand aus natürlichen Anlässen entstanden sein könnte. Er bittet um völlige Freisprechung seines Klienten. In später Abendstunde zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Das Urteil lautete auf kostlose Freisprechung des Angeklagten, der sofort aus der Haft entlassen wurde.

Die Verteilung des Nationalvermögens.

Herr Dernburg und mit ihm die kapitalistischen Klopfenberger weisen stets auf die Sparasseneinslagen hin, die beweisen sollen, daß auch die nichtbesitzende Klasse Nationalvermögen stark beteiligt sei.

Ende des Jahres 1904 befand sich (vergleiche die amtliche Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamtes 1905, IV S. 247 ff.) in sämtlichen preußischen Sparassen eine Einlage von

7762 Millionen Mark.

Davon entfielen, sofern man alle Spareinlagen bis zu 600 Mk. und die Hälfte aller Spareinlagen von 600 bis 3000 Mk. als proletarische Spareinlagen rechnet, auf die

nichtbesitzende Klasse 2962 Millionen Einslagen.

besitzende Klasse . . 4800 " "

Auf jede der 8 800 000 proletarischen Spareinlagen entfiel also im Durchschnitt die Summe von

356 Mark!

Das ist das „Vermögen“ der arbeitenden Klasse! Dagegen befassen 384 000 preußische Besitzer (vergl. das amtliche Statistische Jahrbuch für den preußischen Staat 1905, S. 287) ein Vermögen von

58 786 Millionen Mark.

Jeder dieser Besitzenden besaß also im Durchschnitt ein Vermögen von

153 000 Mark!

Fürwahr, eine göttliche Weltordnung!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 24. Januar. Daily Telegraph meldet aus Petersburg, daß unter den Arbeitern von Loba große Not herrsche. Die Fabrikarbeiter befinden sich in einem Streik. Viele Geschäfte sind geschlossen und verbarriliert worden aus Furcht vor Plünderung. Die Zeitungen erschienen nicht. Straßenkämpfe zwischen Polizei und Streitenden haben in den letzten Tagen mehrfach stattgefunden.

Briefkasten der Redaktion.

D. G., Berlin. Besten Dank für die Einsendung. 1. Nur zu verwenden, wenn wir bestimmte Angaben haben, die durch Zeugen erhärtet werden können. 2. Wenn wir erst anfangen wollen, die Widersprüche der Neuesten Nachrichten festzunageln, könnten wir gar nichts anderes mehr tun.

G. R., Berlin. Besten Dank für die Zusendung.

G. S., Berlin. Uns unberechtigt, was Sie mit dem Sessel sagen wollen.

G. S., Berlin. Besten Dank für Ihre Aufschrift. In den Punkten haben Sie recht, daß die Kulturwidrigkeit des Militarismus noch mehr hätte gezeigt werden können.

A. G., Bismarckdorf. Den Aufruf haben wir schon veröffentlicht.

D. G., Plagwitz. Besten Dank für Ihre Aufschrift; wir konnten sie aber wegen Raummanuels nicht abdrucken.

20 und 18. Wir empfehlen grundsätzlich keine Firmen.

G. D., Berlin. Ihre Zuschrift können wir leider wegen Raummanuels nicht abdrucken.

G. D., Berlin. Familie G. und G. Nein, mit der Q. Abendzeitung und wegen ihrer Sozialistentüterei zu beschäftigen, haben wir jetzt keine Zeit.

G. R., Leipzig. Die Angelegenheit ist auch schon von uns in der vorherigen Woche behandelt worden.

G. D., Berlin.

Wetterbericht des sächs. meteorol. Instituts Dresden.

Boranlage für den 25. Januar.

Starke östliche Winde. Vorwiegend heiter. Trocken. Frostwetter.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Müller in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Die Holzarbeiterausperrung in Berlin dürfte ihre Höhepunkt erreicht haben. Am gestrigen Tage sind nur 28 Mann von den Mietern entlassen worden, dazu kommen noch 151 Arbeiter, die von der Leitung des Holzarbeiterverbandes aus solchen Betrieben herausgezogen wurden, in denen eilige Arbeit fertiggestellt werden

und die von da bis jetzt an der Ausperrung insgesamt 6617 Personen beteiligt, von denen aber gegen 1000 abgereist oder anderwärts in Stellung getreten sind.

Oeffentl. Wähler-Versammlung

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Saale des Volkshauses.

Tagesordnung: 1. Der Wahlschwindel unserer Gegner. 2. Diskussion dazu.

Referenten: Redakteur Dr. Lenzsch und Stadtverordneter Heinrich Lange.

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den 12. Reichstagswahlkreis.

Ortsverein Lindenau-Plagwitz-Schleußig

des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Wahlkreis.

Sonntag, den 27. Januar, abends 8 Uhr

Literarischer Abend

im Restaurant Zwei Linden, Lindenau.

Deutsche Humoristen der Neuzeit:
Wilhelm Busch, Wilhelm Hertz, Ludwig Thoma, Fritz Reuter.

Referent und Recitator Gustav Hennig.

Es laden dazu ein

[1778]

Der Vorstand.

Achtung! Baugewerbliche Hilfsarbeiter. Achtung!

Sonnabend, den 26. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr werden folgende

Versammlungen

abgehalten.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag und Wahl der Delegierten hierzu.

1. Für Alt-Leipzig u. Vororte im Pantheon, Dresdner Straße.
2. " Gautzsch, Oetzsch, Städtebau u. im Gasthof Feldschlösschen, Städtebau.
3. " Stötteritz, Probsttheida, Liebertwolkwitz u. im Gasthof Probsttheida.
4. " Paunsdorf, Stünz, Mölkau u. im Alten Gasthof, Paunsdorf.
5. " Möckern, Wahren, Hänichen, Lützschena u. im Birkenschlösschen, Wahren.
6. " Grosszschocher, Knautkleeberg, Knauthain u. im Restaurant Ratskeller, Knautkleeberg.
7. " Zwenkau und Umgegend im Gasthof Goldner Adler, Zwenkau.
8. " Markranstädt, Gross- u. Klein-Lehma u. in der Parkschänke zu Markranstädt.
9. " Taucha und Umgegend im Gasthof Deutsches Haus, Taucha.
10. " Schkeuditz und Umgegend im Gasthof Lindenhof, Schkeuditz.

Um den Mitgliedern den Versammlungsbefehl zu ermöglichen, werden sie erachtet, dass für sie am günstigsten gelegene Versammlungslokal zu besuchen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Freitag, den 25. Januar (Wahltag), bleibt das Bureau geschlossen.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Einzelmitglieder Leipzig.

3. R. Oskar Müller.

[1864]

Holzarbeiter-Verband.

Sonnabend, den 26. Januar 1906

Winter-Fest

bestehend in Konzert, Gesangsvorführungen und turnerischen Aufführungen

im Albertgarten zu Leipzig-Anger.

Ab 11 Uhr: **Grosser Festball.**

Reichhaltiges Programm. Programme à 20 Pf. sind bei den Delegierten und im Verbandsbureau, Zeitzer Straße 32, II. zu haben.

Allseitigem Zuspruch steht entgegen

1819 °

Das Festkomitee.

Arbeiter-Sängerbund

für Leipzig und Umgegend.

Sonntag, den 27. Januar, vormittags 11 Uhr

General-Versammlung

im Pantheon.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht.

3. Wahl des Vorstandes. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

Mit Legitimation sind Mitgliedsbücher der Vereine und Bundesfakultäten mitzubringen. Auch sind die ausgedruckten Formulare vom letzten Befluss von den Delegierten mitzubringen. Zahlreichen Besuch aller Bundesmitglieder erwartet.

Der Vorstand.



Sonnabend, den 26. Januar

20. Stiftungs-Fest

im Felsenkeller [1888]

bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Mittwoch, den 30. Januar

abends 7,9 Uhr

Fortsetzung des Kurses über

Anwendungsformen

im Restaurant Sophienburg, Lindenau.

Gasthof Neureudnitz

Donnerstag abend, den 24. und Freitag, den 25. Januar

Grosses Schlachtfest

sowie **ff. Riebeck-Bock.**

Gleichzeitig Wahlresultat-Verkündigung am Freitag abend.

Hierzu laden ergeben sich [1906]

G. Quasdorf und Frau.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein
für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis

Veranstaltungen der Ortsvereine:

Borsdorf. Morgen Freitag: Wahlresultat-Verkündigung im Feldschlößchen. [1922]
Sonnabend: Versammlung im Feldschlößchen.

Grosszschocher-Windorf. Freitag, den 25. Januar. Verkündigung der Wahlresultate von abends 7 Uhr an im Restaurant Grosch. Das Wahlkomitee.

Leutzsch. Freitag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, verbunden mit Instrumentalkonzert im Alten Gasthof. Hierzu laden ergebnis ein. Der Vorstand. Die Wahlresultate werden ebenfalls im Vereinslokal bekanntgegeben [1919]. Die Genossen, welche sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, finden sich morgens 9 Uhr im Vereinslokal ein.

Möckern. Freitag, den 25. Januar, abends, in der Goldnen Krone: Wahlresultat-Verkündigung. Für Unterhaltung ist gesorgt. Das Wahlkomitee.

Naunhof. Freitag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, in Stadt Leipzig. Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3,4 Uhr, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Obmanns der Sängers-Abteilung sowie der Beisitzer. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Anträge der Mitglieder. 4. Diskussion. — Volljähriges Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf. Der Sitz des Komitees befindet sich am Wahltag von vormittags 10 Uhr ab im Bahnhof-Restaurant, Sommerfeld, wo auch am Abend von 7 Uhr ab die Bekanntgabe der Wahlresultate erfolgt. [1868] Der Vorsitzende des Wahlkomitees.

Nationale Krankenkasse
der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen (E. H.) —
Zahlstelle Leipzig.
Sonnabend, den 26. Januar, abends 7,9 Uhr

Haupt-Mitglieder-Versammlung
im Kassenlokal Restaurant Taube, Nöppelg. 9.
1751] Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren.
4. Neuwahl der Ortsverwaltung. 5. Verschiedenes.
Bahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse
der Wagenbauer u. Deutschlands.
Sonnabend, den 26. Januar, abends Punkt 9 Uhr
Quartalversammlung im Volkshaus, Portal rechts II.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom IV. Quartal 1906; 2. Innere Kostenangelegenheiten (Bekanntgabe der Krank- und Gesundheitsmeldungen nach dem neuen Statut); 3. Verschiedenes. Volljähriges Erscheinen notwendig. Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 9. Februar 1907 [1868]
Wintervergnügen im Volkshaus unter Mitwirkung der Leipziger Bravour-Sänger.

Wagenbauer-Krankenkasse
(Filiale L.-Lindenau).
Sonnabend, den 26. Januar, abends 7,9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Restaurant Stadt Lüttzen. [1906]
Tagesordnung: 1. Kassenbericht; 2. Verschiedenes.
Bahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige (Verwaltungsstelle Leipzig).
Montag, den 28. Januar, abends 8,11 Uhr
Haupt-Versammlung
im Restaurant Pantheon, Dresdner Straße.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Verschiedenes. [1860] Die Ortsverwaltung.

Kohlrabi-Insel, Stötteritzer Straße 39.
Freitag, den 25. Januar von abends 8 Uhr ab Wahlresultat-Verkündigung. Gleichzeitig empfehlen **ff. Burghausener Bock** sowie alle übrigen Getränke und Speisen. [1907] Hochachtungsvoll Anton Hempel und Frau.

1. Beilage zu Nr. 20 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 24. Januar 1907.

Politische Uebersicht.

Verkappte Wahlrechtsfeinde.

Wunderbar, Welch eifriger Freunde sich das Reichstagswahlrecht jedesmal vor den Wahlen erfreut! Da sind sie alle einzige, die bürgerlichen Parteien, von den jungerlichen Junkern bis herüber zu den schiefen „Demokraten“, daß nichts eine so unerträgliche Grundlage für das Verteilen des Reichs bietet, wie das bestehende Reichstagswahlrecht. Dann soll plötzlich alles vergessen sein, was die Herrschaften jahrelang geschrieben. Die Leipziger Nachrichten drohen noch vor wenigen Wochen ganz offen mit dem Staatsstreich, wenn die Wahlen nicht in ihrem Sinne ausfielen. Auch das Leipziger Tageblatt schrieb am 12. August 1904 mit zynischem Freimut: „Sollten die Reichstagswahlen wieder und wieder Erfolge der Sozialdemokratie bringen, so wird natürlich die Abänderung des Wahlrechts eines Tages eine absolute Notwendigkeit.“ So schrieben die Herren, als sie noch nicht ahnen konnten, daß ein neuer Wahlkampf ihnen so nahe bevorstehe. Jetzt schämt seine Partei in tugendhafter Entrüstung auf, wie die national-liberalen, wenn man an der Aufrichtigkeit ihrer Liebe zum Reichstagswahlrecht einige Zweifel äußert. Diese geht eben nur soweit, als die unterdrückten Klassen keinen „Nahbrauch“ mit dem Wahlrecht treiben, d. h. es nicht ernsthaft als politisches Kampfmittel zu gebrauchen verstehen. „Wir verteidigen das Reichstagswahlrecht solange, bis es durch die Sozialdemokratie unmöglich gemacht wird“, schreibt dasselbe nationalliberale Leipziger Tageblatt eine Woche später, am 18. August 1904 — und verlängerte damit vor aller Welt, daß es jeder Zeit bereit sei, dieses Reichstagswahlrecht zu vertragen. Denn, wann ist der Augenblick gegeben, daß das Wahlrecht „unmöglich“ wird? Darüber befinden in souveräner Laune das Leipziger Tageblatt und seine politischen Spieghelfer. Jeder neue Erfolg der Sozialdemokratie bringt das Reichstagswahlrecht von dieser Seite in immer größere Gefahr, und da die Partei immer größere Erfolge hat und haben muß, so verwandelt sich das Leipziger Tageblatt in eine stets größere Feindin des Reichstagswahlrechts. Vor den Wahlen feierlich drapiert sie sich als unentwegte Bannerräuberin des Wahlrechts. Die Massen brauchen ja nicht zu wissen, wie es unter dem Bruststück aussieht.

Der dialektische Widerspruch, der dem gesamten Kapitalismus zugrunde liegt, er treibt auch in der Wahlrechtsfrage die herrschenden Klassen in eine immer engere Sackgasse. Je deutlicher der Kapitalismus seine Füge zeigt, je mehr er zunimmt, desto mehr steigt die Unzufriedenheit der Massen, desto stärker wird die Sozialdemokratie. Ihre wachsende Stärke kommt zum Ausbruch in stetig wachsenden Wählerziffern. Je günstiger die Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie werden, desto unerträglicher wird das Wahlrecht für die herrschenden Klassen. Je größere Gefahren dem Wahlrecht von den herrschenden Klassen drohen, desto enger scharen sich die beherrschten Klassen um das bedrohte Wahlrecht, also neue Erfolge der Partei bei jeder neuen Wahl und neue reaktionäre Verteilungen. Aus diesem Zirkelschluss kommt die herrschende Klasse nur heraus durch Abschaffung des Wahlrechts, d. h. durch die Revolution von oben, der die Revolution von unten sofort folgen würde.

Das allgemeine Wahlrecht war von Bismarck in der Absicht eingeführt worden, die Intelligenz der Städte durch den Idiotismus vom Lande abzuschlagen, wie das heute noch so prächtig in allen zentrumstreuen Wahlkreisen praktiziert wird. Er hoffte, daß sich die protestantischen Landarbeiter in einer absolut zuverlässigen Wahlkolonne für das Junkertum und damit für die Regierung bauen lassen würden. Darin hat er sich getäuscht. Das Wahlrecht, das als sicherstes Mittel zur Dämpfung der Massen geplant war, ist umgedeutet in das sicherste Mittel zur Aufklärung der Massen, und damit ist es natürlich unbrauchbar geworden für die Absichten der herrschenden Klassen. Und zwar für alle ihre Schichten, für die Jungen, wie für die Liberalen. Und deshalb ist es im besten Falle Selbstbezüg, wenn sich jetzt Liberaler als zuverlässige Stütze des allgemeinen Wahlrechts ausgeben. Sie sind es nur solange, um mit dem Leipziger Tageblatt zu reden, bis es durch die Sozialdemokratie unmöglich gemacht wird.

Durch die Praxis haben die Liberalen ihre Feindseligkeit gegen das allgemeine Wahlrecht allenfalls zum deutlichsten Ausdruck gebracht. Die Besitzigung des bestehenden Wahlrechts zur Leipziger Kommune, zum sächsischen Landtag, in Hamburg, Bremen, Lübeck, sie fällt durchweg auf das Konto der Liberalen. Und es ist natürlich ein Blödsinn, daß allgemeine Wahlrecht zum Reichstag zu befürworten, und es zu den Landtagen und Kommunen zu befähigen. Dieser Widerspruch löst sich dadurch, daß die Liberalen auch das Wahlrecht zum Reichstage befähigen und nur, wie der nationalliberale Abgeordnete Kempf sagte, zu seide sind, es offen einzugehen.

Jeder also, der morgen seine Stimme einem Rechtssozialdemokraten gibt, der gibt sie einem Feinde des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts.

Deutsches Reich.

Professoren und Advokaten.

Zum Posse-Montelchen, unter dem leider die reaktionären Storchenvögel gar bedenklich hervorschauen, kommt wieder einmal die Nationalzeitung daher und verkündet, daß Heil Deutschlands sei von Professoren und Advokaten, von Malern und Literaten, von dem ganzen Schwarm der sogenannten Intelligenz zu erwarten. Bisher habe diese Elementen das politische Kampffeld ferngelegen, jetzt aber seien sie aufgerüttelt. Einmal durch den Willen der Regierung, die Zentrumskräfte nicht mehr um den Kopf hämmern zu lassen und dann, man höre und staune durch die — Kolonialparole. Aber vielleicht hat die Nationalzeitung nicht einmal unrecht. Von den feuilletonistischen Ausbeutung der deutschen Kolonien spricht der Bratenbarde der Kolonialpolitik, Dernburg,

zu singen und zu sagen. Die grauen Völkervölker zogen sich vor dem Phrasenschwall knurrend in ihre Höhlen zurück, aber die feuilletonistischen Geister, die da atmen im rosigem Licht harmloser Entagsspielereien, ließen sich blenden von den feuilletonistischen Möscheln. Sie sind die einzigen, deren durch Sachkenntnis nicht belastetes Gehirn für die Kolonialpolitik in Flammen aufging. Diese geistige Avantgarde des Volkes, meint die Nationalzeitung, die noch 1903 eine starke Hinneigung zu der Sozialdemokratie an den Tag legte, sucht heute wieder energischen Anschluß an die liberalen Parteien, deren Programme in ihrem Kern auf dem Prinzip des Individualismus aufgebaut seien. Und, ruft sie aus, es ist kein Gegensatz zwischen den Freiheitsforderungen des Liberalismus und der Kolonialpolitik! Gewiß nicht! Der bürgerliche Liberalismus und die Kolonialpolitik wachsen auf einem Holz:

sie sind beide Kinder des Kapitalismus.

Aber Professoren, Advokaten — ach! das ist eine armelige Hoffnung. Der sogenannte Intelligenz Deutschland hafte noch aus den Tagen, da die Klassenkämpfe des Bürgertums in den nebelhaften Höhen ideologischer Spintierereien ausgefochten werden mußten, ein starker Hauch von Unwirksamkeitssinn an. Der Hauptgrund aber für die gänzliche politische Teilnahmlosigkeit der intellektuellen Elemente der bürgerlichen Klasse liegt in dem historisch bedingten Niedergang dieser Klasse. Die Intelligenz aufsteigender Klassen pflegt im Borderland zu stehen, wie die des französischen Bürgertums vor 1789 und während der Revolution. Dass die deutsche Intelligenz sich zwischen allerlei ideologischem Kriegsfanz und Schnickschnack heruntretet, während andre kämpfen müssen in dem großen Kampf der Zeit, läßt die parlamentarisch rappelnde bürgerliche Intelligenz auf den Bänken der Frankfurter Paulskirche, die unbejeden die Revolution verkannte und verriet, fast als eine Heldencharakter erscheinen. Der Ehrengang der heutigen Intelligenz geht dahin, Leibgarde der Hohenzollern zu spielen und die lebte Schnur, die sie mit der Entwicklung des Geisteslebens verbindet, zu zerreißen. Wenn sie ja mit der Sozialdemokratie gesiebengt hat und wieder zum Liberalismus abschwimmt, so handelt sie nur ihrer inneren Natur gemäß: Sie ist nicht die geistige Avantgarde des Volkes, sondern sein Krähwirker Landsturm, der für eine Schlacht gar nicht in Frage kommt. Der morgige Wahltag wird den politischen Ideologen, die auf die Ideologien der Intelligenz hoffen, ins Ohr donnern: nicht Professoren und Advokaten — die Menge tut es! Die Menge tut es!



Sollten wirklich die Reichstagswahlen wieder und wieder neue Erfolge der Sozialdemokratie bringen, so wird natürlich eines Tages die Abänderung des Wahlrechts eine absolute Notwendigkeit.

So schrieb am 12. August 1904 das nationalliberale Leipziger Tageblatt.



Berlin, 24. Januar. Dem preußischen Landtag wird demnächst der Entwurf eines Quellenbeschutz-Gesetzes zugehen.

Die Steuerpläne der Jungen. In einer Wahlversammlung im Kreise Magdeburg-Pillnitz betonte Graf Kanitz, daß es noch gute Steuerquellen im Reiche gebe. Es sei zunächst ein Tabakmonopol keine üble Sache, denn in Österreich und Frankreich werde es Milliarden ab. Eine Weinsteuer sowie eine höhere Steuer für Kunsteine seien auch am Platze. Ein Ausfuhrzoll auf Kohlen und ein Eisenzoll von 1 Mt. pro Tonne brächten gleichfalls etwas ein, und schließlich habe auch die Wehrsteuer eine Berechtigung.

Das sind ungefähr die Steuerpläne, für die die Deutsche Tageszeitung Feuer und Flamme war, als die Regierung in der Denkschrift zum Reichshaushaltsetat für 1907 neue Steuern ankündigte. Dass sie allesamt, vom Tabakmonopol bis zur Krüppelsteuer, Schröpfköpfe an den ausgemergelten Leib der Massen bedeuten würden, versteht sich von selbst. Und wofür soll der Ertrag der neuen Steuern verwendet werden? Natürlich für den Militarismus. In Frankreich habe man 150 Haubitzen-Batterien bewilligt, daher könne Deutschland natürlich nicht zurückbleiben. Auch ein neues Infanterieregiment sei dem Kriegsminister von einer englischen Firma vorgelegt worden. Der Minister selbst habe dem Grafen Kanitz durch einen Kutschenschlitten 40 Treffer in 60 Sekunden vorschicken lassen. Es werde also an eine bessere Bewaffnung der Infanterie gedacht werden müssen, was weitere Geldmittel nötig mache.

Die Kavallerie sind vor den Wahlen wenigstens ehrlicher als die Schlossjunker, die sich mit einer innigen Freundschaft für die Massen auf dem Wahlmarkt herumdrücken.

Gillow in der Öffentlichkeit gestellt. Der bekannte koloniale Subalterbeamte Gillow, der schon vor zwei Jahren Gillow Mitteilung von unglaublichen Kolonialgreueln gemacht hatte und darauf einem Disziplinarverfahren unterworfen wurde, veröffentlicht im Vorwärts einen offenen Brief an den Reichstagsabgeordneten, worin es heißt: „Ich erwarte von Ew. Durch-

laucht, daß Sie zum Beweis für die vorbereite, also wohlüberlegte, Erklärung im Reichstag, daß meine Zurechnungsfähigkeit statt angezeigte werden dürfte, und ich nicht Anspruch auf volle Glaubwürdigkeit habe, auf meine Worte nicht jürgen werden, alshald öffentlich anzugeben, welche Handlungen meinerseits dazu berechtigten, vor bei mir auch nur zu vermuten gewesener Unzurechnungsfähigkeit zu sprechen, und welche Tatsachen vorliegen, auf Grund deren Ew. Durchlaucht als Reichstagsabgeordneter vor alter Welt behaupten kommen, daß ich Anspruch auf volle Glaubwürdigkeit nicht habe. Da meine wiederholte Anklage schriftlich gerichtet blieben, habe ich mich genötigt gesehen, nun mehr zunächst in dieser Sache an Ew. Durchlaucht öffentlich mich zu wenden.“

Neben den politischen Parteien. Das Kolonialpolitische Aktionsteam, vor dem Wilson am Sonnabend seine Wahlrede gehalten hat, besteht fast ausschließlich aus Professoren der Berliner und Charlottenburger Hochschulen; daneben stehen einige Dichter vom Schlag eines Julius Wolff und Wildenbruch, Künstler sowie ein freisinniger Journalist. Das Aktionsteam will „neben den politischen Parteien“ seine Aktion zugunsten unseres Kolonialpolitik führen.

Aber ein kolonialer Reichsverband! Man kann den professoralen und poetischen Ideologen dieser bürgerlichen „Intelligenz“ ruhig ihren harmlosen Gehirnsport gönnen. Gelingt es nicht, so schadet's auch nicht!

Gleichzeitig hat Herr Lindequist sich in der gleichen Eigenschaft in Frankfurt a. M. betätigt.

Die verkrachende Milchzentrale. Das Aufsichtsratsmitglied der Milchzentrale, Mittergutsbesitzer Neuhäusel-Selsdorf, verhandelt ein Mundschreiben an die märkischen Milchinteressenten, in dem er um Hilfe für diese ungünstliche aller Gründungen des Bundes der Landwirte bittet. Niemand will das Erbe des verstorbenen Leiters der Milchzentrale, des Landesökonomierats Ernst Ning, antreten. Die Genossenschaften seien es überdrüssig, die Kosten des Weltkriegs zu tragen. Falls nicht von der am 28. Januar im Club der Landwirte zusammenentretenen Interessentenversammlung Hilfe komme, müsse die Milchzentrale spätestens am 1. Oktober in Auflösung treten.

kleine politische Nachrichten. Zu der französischen Kammer wird von dem radikalen Deputierten Klootz ein gegen den Regierungsentwurf weitergehender Antrag zur Abhöfung der Kriegsgerichte eingereicht, wonach alle von Militärpersonen verjagten begangenen Verbrechen und Vergehen dem gemeinen Recht unterstellt werden. — Die englische Parlamentskommission für den Bau einer Kanalstunnel hat alle Fortschritte erledigt, so daß der Entwurf voraussichtlich Ende Februar dem Parlament vorgelegt werden darf. — In Valencia (Spanien) brach ein Streik der Obrerbeamten aus; die Beamten brannten mehrere Zollhäuser nieder, Truppen schritten ein und verhinderten zahlreiche Personen; und das Publikum benutzte die Gelegenheit zu einer allgemeinen offenen Schmuggelei. — Ruthenische Studenten, die um Überlassung eines Hörsaals der Universität Lewberg zur Ablösung einer nationalen Versammlung vergeblich gebeten hatten, schlugen im Universitätsgebäude alles kurz und klein und verwundeten den Universitätssekretär; 150 von ihnen wurden verhaftet.

Zur Wahlbewegung.

Mahnungen gegen Wahlfälschungen. Der preußische Minister des Innern hat, um Wahlfälschungen vorzubeugen, in einem Erlass an die Kreis- und Kommunalbehörden folgendes bemerkt: Nach den Reichstagswahlen von 1903 haben zahlreiche Strafverfolgungen wegen Wahlfälschung gegen Personen durchgeführt werden müssen, die unter falschen Namen oder mehrfach in verschiedenen Wahlbezirken gewählt hatten. Die Wahlvorbereiter sind berechtigt, von den zur Wahl erscheinenden Personen bei Zweifel über ihre Identität eine Legitimation zu verlangen, und erscheinende Wähler, die neu zugezogen sind oder von denen sonst anzunehmen ist, daß sie auch anderwärts in die Wählerliste eingetragen sind, in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß jedermann nur in einem Wahlbezirk und bei der Haupt- und Stichwahl je nur einmal wählen darf. Jede Bußwidderhandlung ist zur Bestrafung anzuzeigen.

Eine Billigung Biegäusers. In einer gestern stattgehabten Verfammlung der Berliner Buchdrucker gelangte eine Resolution zur Annahme, die dem Redakteur Biegäuser resp. dem Korrespondenten für seine Schreibweise die tiefste Billigung ausprach. Besonders wird in der Resolution die höhnische Abfassung der Briefkastennutzung zur Reichstagswahl bedauert. Die Verfammlten erklärten in Übereinstimmung mit der gesamten Arbeiterschaft die Kandidaten der Sozialdemokratie als die allein von ihnen zu wählenden Vertreter.

Ein Meissner. Die kulturlämpferische nationalliberale Presse mußte dieser Tage von einem unerschrockenen katholischen Pater in Lorenzkirch nicht Rücksicht genug zu machen, der gegen das Zentrum vom Leber gezogen habe. Frohlockend rief man aus:

„Es ist ein katholischer Geistlicher, der sein „Hinweg mit den Noeren, Erzberger und Genossen“ ruft! — Wir sind böigerig, was das Zentrum mit Pater Paul anzufangen gedenkt.“

Das Zentrum? Gar nichts. Denn wie dieselben Blätter jetzt einsatz besonnen müssen, ist der „Pater“ gar kein römischer, sondern ein Wittener Pfaffe.

Ein christlicher Arbeitervertreter. Im Dortmund-Hörde ist als Zentrumskandidat der christliche Arbeiterführer Eßert aufgestellt worden. Den bürgerlichen Kandidaten in diesem Kreise wurden von den Handwerkervereinigungen die Forderungen vorgelegt, wie sie sich zu den Forderungen der Bündler stellten. Herr Eßert gab darauf die Antwort, daß er für den Beschäftigungsnotstand für das selbständige Handwerk sei. Den anderen Forderungen steht er sehr sympathisch gegenüber und er werde in Handwerkerfragen sich stets nach den Handwerker-Abgeordneten richten. Das sagt ein Mann, der von seinen Kreisen auf den Schild erhoben wurde, um im Parlament den Forderungen der Arbeiter Gebör zu verschaffen. Er verpflichtet sich, dem reaktionären Vorgehen seiner Parteikollegen Ester und gleichzeitiger Seelen ohne Überreden zu folgen und damit die Unternehmerinteressen denen der Arbeiter voranzustellen. Das ist christliche Arbeiterpolitik.

Die Polizei auf Wahltag. Sechs sozialdemokratische Versammlungen in Wahlkreis Eisenach, in denen Frauen Wahlreden halten sollten, wurden verboten; eine in der Stadt selbst aufgelöst.

Ein ländliches Idyll. Patriarchalische Zustände nach dem Herzen unserer Väter bestehen noch in manchen Gegenden Ostwestfalen. In Wohldeberg, einem Dorfe im Kreise Stendal-Osterburg, erklärte ein Arbeiter einem Genossen, der über die Reichstagswahl mit ihm sprach, daß: „Dat besorgt unter Herre für uns, dat is schon alles gemacht. Dat mögt unter Herre jedesmal so.“ Sein Herre habe gemeint, er brauche erst wieder am 27. Januar zu wählen.

Die Kirche im Dienste des Zentrums. Ganz ungeniert behauptet das Zentrum die Kirche zu Gutberleben in Wahlkampf. In Lindlar (Abeinsprung) werden schon seit längerer Zeit die Versammlungen des Zentrumsvereins in der Kirche bekannt gemacht. Am Sonntag wurden in allen drei Messen vom Altar aus die Kirchenbesucher zu der nachmittags stattfindenden Zentrumsversammlung, für die als Redner der Amtsgerichtsrat Dr. Witt und der Rechtsanwalt Paul v. Göltzen angestellt waren, bringend eingeladen.

Der arme Sünder. Ein Kreis Siegen führt, da der frondevolle Gotteshaus und Scheiterbankstreitsteller Sünder erkannt ist, der christlich-irreale Eigentum Mu m die Kastellion für seinen Freund. Dabei kommt es zu scharfen Zusammenstößen mit den anderen Parteien, die Ehren-Sünder nichts schenken. Die Christlich-Sozialen spielen nun die Gefährten und drohen, den Liberalen und Freisinnigen in den rheinisch-wesälischen Wahlkreisen ihre Unterstützung zu entziehen. Sie behalten sich vor, von Hall zu Hall zu entscheiden und den Kandidaten rücksichtslos durchzulassen zu lassen, der an dem "positiven Christentum" Sünder zweifelt.

Aus Saarbrücken. Die Stummischen Praktiken, die durch den Prozeß gegen den Bergmann Krämer gerichtlich festgestellt wurden, bestehen in unverminderter Brutalität auch heute noch fort. Am 14. Januar verließen unsere Genossen zum erstenmal vor der Möllinger Hütte Einladungen zu einer Versammlung, die von den Arbeitern abnungslos entgegennommen wurden. Am andern Morgen wurden sie gar nicht erst zur Arbeit zugelassen, sie erhielten ohne Rücksicht die Papiere in die Hand gebracht und wurden durchs Hüttenamt auf die Landstraße gejagt, wo sie sozialdemokratische Flugblätter sammeln und mit ihren Familien freien könnten! Alle Verluste, die Entlassung rücksäßig zu machen, waren ohne Erfolg. Gleichzeitig wurde den übrigen Hüttenläden auf das strengste verboten, Flugblätter einzugezunehmen und diese Maßregel auch auf das Reintzschener Hüttenwerk ausgedehnt. Die Leute sind durch dieses Vorgehen so eingedrückt, daß sie es tatsächlich nicht wagen, eine Delegation vom Zentrum oder der Sozialdemokratie anzunehmen. Gegen diesen Terrorismus der national-liberalen Industrieproleten haben natürlich die nationalen Parteien nichts einzubringen.

Sächsische Angelegenheiten.
Vor der Entscheidung.
Nach einer kurzen intensiven Wahlbewegung sollen morgen die Wähler die Entscheidung treffen. Die "Schwach" des "roten Königreichs" sollen die Wähler tönen. Und sie würde gelingt werden, wenn es nach den Wünschen der vereinigten bürgerlichen Realisten, von der freisinnigen Volkspartei bis zu den Agrarkonservativen ginge. Doch die Wünsche und Hoffnungen sind nicht maßgebend für den Ausfall der Reichstagswahl in Sachsen. Entscheidend sind allein die Taten und Handlungen, die Politik der Regierungen und der bürgerlichen Parteien. Und wenn man die Versprechungen streicht, die während der Wahlbewegung gemacht worden sind, dann bleibt eine solche Sündhaftigkeit auf dem Konto der bürgerlichen Volksbrüder, daß das Urteil der Wähler, die sich bei all den Wahlmanövern und Wahlschwankheiten einen offenen Blick bewahrt haben, — wobei wir von den klassenbewußten Arbeitern gar nicht reden — nicht zweifelhaft sein kann.

Aber auch ein Blick auf die Wahlergebnisse von 1903 läßt die Aussichten der bürgerlichen Parteien mehr als trübe erscheinen. In den 23 sächsischen Wahlkreisen gab es am 16. Juni 1903 909 923 Wähler, von denen 750 796 oder 82,5 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Die 750 000 Wählergaben 441 761 oder rund 60 Prozent sozialdemokratische Stimmzettel ab. Nur in einem einzigen Wahlkreise, im dritten, konnten die Ordnungsländer das Mandat retten, und das auch nur in der Stichwahl. Das Prozentverhältnis der in den einzelnen Wahlkreisen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen aber war folgendes: 3. Wahlkreis 39 Prozent, 11. 44,7, 14. 46,5, 12. 46,8, 9. 48,7, 1. 50,5, 23. 51,6, 2. 53,2, 10. 54,4, 5. 55,7, 55,1, 21. 56,6, 20. 57,9, 8. 58,9, 22. 59,5, 4. 60,1, 15. 62,6, 6. 65, 16. 66,9, 18. 67,1, 19. 67,7, 13. 69 und 17. 71,1 Prozent. Also nur in fünf Wahlkreisen batte die Sozialdemokratie weniger als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt.

Diese Prozentzahlen bezeichnen sich, wie gesagt, auf die Zahl der Wähler, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben, nicht auf die Zahl der Wahlberechtigten überhaupt. Und auf die Partei der "Niedtwähler" sehen die bürgerlichen Parteien ihre Hoffnungen zur Niederrangung der Sozialdemokratie. Doch sie werden sich täuschen! Diese "Niedtwähler" sind nicht nur Gleichgültige und Lässige, sondern auch zu einem guten Teile unzufriedene, die nicht Sozialdemokraten sind, aber einen bürgerlichen Kandidaten aus Verdrossenheit nicht wählen wollen. Bringt man sie zur Wahl, so wird manch einer von ihnen gerade so wählen, wie es ihre Dränger nicht wünschen.

In Sachsen fällt die Entscheidung! sagten einige Tage nach der Auflösung ein sächsisches Amtsblatt. Aber gerade in Sachsen hat sich die Unzufriedenheit ausgeblüht wie nirgends sonst. Wir Sachsen haben nicht nur mit der Reichspolitik, sondern auch mit der Landespolitik abzurechnen. Wir haben uns der Finanzierungswirtschaft zu erinnern, die uns einen dauernden Rücksitz von 25 Prozent gebracht hat. Durch inspirierte Mitteilungen sucht die Regierung die Wähler irre zu führen, indem sie von einer Besserung unserer Finanzlage spricht. Wir haben wiederholt gesagt, daß dies nur Sand in den Augen der Wähler ist. Und wir sind in der Lage, dafür auch einen Beweis erbringen zu können. In den letzten Tagen sind beläufig wiederholte Mitteilungen in der Presse aufgetaucht, daß die Regierung durch die anhaltende Verbesserung der Finanzlage in der Lage sei, die von den kleinen Beamten und den Arbeitern der Staatsbetriebe seit Jahren gewünschten Verbesserungen der Gehälter und Löhne gewahren zu können. Davon hat aber die Regierung in der Presse noch nichts verlauten lassen, daß sie wie ein gewöhnlicher Haushaltschaudie Mieter in ihren Arbeitshäusern gestiegt hat. Die Wohnungen der Engelsdorfer Rangier- und Werkstattarbeiter beispielsweise sind durchschnittlich um fünfundzwanzig Prozent erhöht worden. Auch ein nettes Stückchen Arbeitersfürsorge, nicht wahr? Doch davon redet man nicht! Darum, ihr Eisenbahner, lohnt Euch nicht irre machen durch die Ankündigungen von Lohnverbesserungen! Wenn sie kommen, werden sie viel zu bescheiden sein, um die Differenz aufzuleiten zu können, die zwischen eurem Einkommen und euren, durch Bucherzölle und indirekte Steuern und Wiedervergütungen rasend in die Höhe getriebenen notwendigen Ausgaben besteht.

Die Regierung hat in den letzten Tagen auch die Wahlreform zum Landtag angekündigt. Das hat Herr v. Weißsch auch vor den letzten zwei Landtagen gelan, ohne daß etwas aus der Wahlreform geworden wäre. Daß aber auf die gegenwärtige Aufländigung des Grafen Hohenlohe mehr Verlust sei, wie auf die Verzweigungen des Vaters des Wahlrechtsbrauchs, des Ministers v. Weißsch, ist um so weniger anzunehmen, als die Regierung sich über die Grundzüge dieser Wahl völlig ausschweigt. Doch ohne daß sich die Regierung erklärt, weiß man genau, wie diese sogenannte Reform nicht aussehen

wird. „Die Hoffnungen auf Wiedereinführung des 1896 beschlossenen Wahlrechts, das sich lediglich durch den Dreimarkenzensus vom Reichstagwahlrecht unterschied, werden“, so schrieb dieser Tage ein bürgerliches Blatt, „durch die Reform zuverlässig nicht erfüllt werden. Unser Minister des Innern, Graf von Hohenlohe, lehnt derartige oder die noch weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie und einiger Freisinnigen aus denselben Gründen ab wie sein Vorgänger, Freiherr von Weißsch.“ Wie wissen also vollkommen, woran wir mit unserer liberalen Regierung sind.

Und die bürgerlichen Parteien, wie stellen sie sich zur Wahlreform? Nicht eine dieser Parteien ist für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Landtag. Bwar verweisen die Freisinnigen auf ihre Programme und Wahlserklärungen, in denen auch für den Landtag das gleiche und allgemeine Wahlrecht fordern. Indes die Freisinnigen haben ja ihr Programm mir, um es überall und immer zu verraten. Zeihen die Freisinnigen der verschiedenen Richtungen nicht in acht sächsischen Wahlkreisen ihre Unterstützung den Nationalliberalen, von denen es feststeht, daß sie gegen das allgemeine Reich Wahlrecht im Reich, Staat und Gemeinde sind? Und haben die Freisinnigen nicht ebenso wie die Nationalliberalen überall das Gemeindewahlrecht verschlechtert, wo ihnen die Arbeiter gefährlich wurden? Auf dem Parteitag der nationalen Jugendvereine im September vorigen Jahres sagte der Delegierte Backmeister: „Nirgends steht geschrieben, daß das gleiche Wahlrecht ein liberales Prinzip ist.“ Ein anderer Redner erklärte, er könne sich mit einem Staatstreue weit eher beschreiben, als mit der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter. Und ein Herr Bau aus Köln führt aus, daß das gleiche Wahlrecht sei das allerklumpeste und höchstens für Hottentotten und Papuas geeignet. So sprachen Nationalliberalen des linken Flügels wenige Wochen vor der Auflösung des Reichstags. Wenn die Linientheorie von der freisinnigen Volkspartei bei diesen Wahlen Nationalliberalen unterstützen, sind sie wie diese Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts!

Ich mache das Geständnis, daß nach meiner Meinung ganz Südwestafrika nicht mehr als 40 bis 50 000 Menschen zu ernähren vermögen wird, und daß die 400 Millionen Mark, die Deutschland schon auf die Unterdrückung des Aufstandes gewendet hat, so und so viel mal den Wert der ganzen Kolonie betragen.

So schrieb am 3. August 1905 in einem Gutachten der Baron von Netzelbladt, jahrelang Leiter eines Unternehmens in Südwestafrika.

Von den bürgerlichen Parteien ist also so wenig wie von der Regierung eine freiheitlichen Anforderungen entsprechende Wahlreform zu erwarten. Wer also das allgemeine gleiche Wahlrecht will, der muß morgen den Sozialdemokraten wählen!

Wähler! erinnert euch des Denkzeittels, den ihr der Regierung und den herrschenden Parteien am 16. Juni 1907 gegeben habt. Euer Votum zwang wenige Tage später der Regierung zu dem Geständnis, daß sie darin eine Wohnung zur Wahlrechtsänderung erbrachte. Was ist geschehen? Nichts!

Darum, Arbeiter, ihr kleinen Beamten und Bürger, an die Wahlurne. Gegen die gesamte bürgerliche Realität, sei die Lösung! Der 25. Januar muß ein nur um so glänzenderes Votum für die Sozialdemokratie werden und Sachsen seinen Ruf bewahren als dem roten Königreich!

Fidikalierte Arbeitersfürsorge.

Von einem Eisenbahner wird uns geschrieben:

Zu dem neuen Engelsdorfer Rangier- und Werkstattbahnhof hat der Eisenbahnsitz auch Werkstattarbeiterwohnungen gebaut, die, um sie schnell zu vermieten, den Arbeitern durch Anschlag der Eisenbahnverwaltung als besonders billig empfohlen wurden. Die Wohnungen sind nun kaum ein Jahr bewohnt und schon hat sich der Werkstattarbeiter einer fidikalierten Mietsteigerung zu erfreuen. Lassen wir die Tabelle folgen.

Brandebiegel	Mitte	Ausbengiegel
früher jetzt	früher jetzt	früher jetzt
Parterre 144 Mf. 176 Mf.	114 Mf. 186 Mf.	132 Mf. 186 Mf.
1. Etage 156 "	192 "	120 " 152 "
2. " 156 "	184 "	120 " 142 "
3. " 182 "	156 "	98 " ? "
		120 " 140 "

Zu diese Wohnungsmiete ist aber Wasserzins und Gartenpacht nicht mit eingerechnet. Bei den Beamtenwohnungen hat eine Steigerung von 65,80 und 95 Mark stattgefunden.

Außerdem haben die Mieter der Staathäuser von Engelsdorf Feuerwehrdienst und Unfallbereitschaft zu leisten. Dieser Dienst dauert jedesmal eine Woche, wobei der Vereich nicht verlassen werden darf.

Das ist eine merkwürdige "Arbeitersfürsorge", die zu den angekündigten Lohnsteigerungen paßt wie die Faust aufs Auge. Was sagen die Eisenbahner dazu? Auf der einen Seite wird ihnen dreifach und vierfach genommen, was ihnen gegeben werden soll. Wer von ihnen wird sich jetzt noch durch die Verhandlungen der Regierung fördern lassen und seinen Stimmzettel einem bürgerlichen Kandidaten geben? Im Landtag sind es immer die Sozialdemokratie gewesen, die für die Interessen der Eisenbahnangehörigen eingetreten sind. Die Stimme der Sozialdemokratie aber hat man durch das Dreiklassenwahlrecht unterdrückt. Eisenbahner! Protestiert gegen diese Arbeitersfürsorge durch einen roten Stimmzettel; wählt Sozialdemokraten!

Ein "läppischer Scherz".

Aus Chemnitz wird uns berichtet:

Ein unglaublich Klingender Vorfall beschäftigte das Kriegsgericht. Der 25-jährige Unteroffizier Schumann, seines Heimath Schwedt, in Gehma (S.-A.) geboren und seit seiner Rückkehr aus Ostasien Unteroffizier im 5. Infanterie-Regiment Nr. 104 (Chemnitz), hatte sich wegen Misshandlung eines Untergaben zu verantworten. Er hatte in seiner Korporalschaft einen Rekruten, der eines Fehlers in der Augenmuskulatur wegen, beim Zielen das linke Auge nicht schließen konnte. Er sollte deshalb leben, was der Rekrut auch tat, aber ohne Erfolg. Da nahm der als "ehrgeiziger aber brauchbarer Vorgesetzter von guter Gesinnung" bezeichnete Angestellte einen Papierstreifen, stellte darauf entzündeten Siegellack tropfen und versiegelte damit das linke Auge des Rekruten, der trotz der Schmerzen, die der heiße Siegellack verursachte, stillte hielt, weil er, wie er vor dem Kriegsgericht angab, geglaubt habe, er müsse sich das gesellen lassen. Er hat auch seine Melbung erstattet und vier Kameraden, die mit in der Stube weilten, taten auch nichts. Der Rekrut entfernte das Papier und den Siegellack an der Wange wieder, wo ein Brandstiel entstanden war. Den an den Augenbrauen hängen gebliebenen Siegellack entfernte der Rekrut am andern Tage; es gingen dabei so viele Haare raus, daß eine lichte Stelle entstand. Vier Tage hatte der Rekrut Schmerzen. Erst als er ein Pflaster auf der Brandwunde hatte, wurde ein Offizier aufmerksam und die Sache kam zur Untersuchung. Der Unteroffizier "mit der guten Gesinnung" war im allgemeinen gesäßig; er bestreit nur, daß er den Rekruten habe Schmerzen zulügen wollen. Und das Gericht glaubte ihm und kam ihm noch mehr entgegen. Es entschied, daß nicht Misshandlung, sondern nur vorbehaltswise Behandlung vorliege und erkannte auf eine Woche Mittelarrest; es habe sich nur um einen läppischen Scherz des Angestellten gehandelt.

Als einen "läppischen Scherz" also qualifizierte das Kriegsgericht die bodenlose Nohet eines Rekrutendrillers und bestrafe sie mit ganzen acht Tagen Gefängnis!

Wähler! Diese Verhandlung kommt gerade recht, um Euch am Tage vor der Wahl an die zahlreichen Militärquäleren zu erinnern, die jahraus jahrein an Euren Söhnen und Brüdern verübt werden, ohne eine entsprechende Sühne zu finden. Solche Scheuhälfte werden nicht eher aufhören, als bis dem System des Militarismus, der militärischen Drillerei, ein Ende gemacht sein wird. Darum habt Ihr morgen, am Wahltag, mit Eurem Stimmzettel auch gegen den Militarismus und seine Begleiterscheinungen zu protestieren!

Herr Opitz, die Reichstagswahl und die Landtagswahlreform. Vor einigen Tagen wurde in der Presse berichtet, der bekannte Exrealist Opitz habe in einer Versammlung gesagt, die sächsische Regierung werde die Wahlreform von dem Ausfall der Reichstagswahlen abhängig machen. Unmittelbar darauf wurde diese Meldung durch das Wölfische Telegraphenbüro als falsch dementiert. Nun ergreift der Herr Opitz selbst das Wort, um das, was er der Regierung unterstellt hat, als seine eigene Meinung zu definieren. Herr Opitz hat nach seinem Schreiben in jener Versammlung ausgeführt:

In Sachsen sei bekanntlich vor einem Jahrzehnt das Wahlrecht geändert worden, ob mit Recht oder Unrecht, das steht gewis nicht ganz klar. Sehe aus dieser Wahl hervor, daß eine Änderung des Landtagswahlrechts nicht ohne Gefährdung der bestehenden Ordnung möglich ist, dann werde dadurch natürlich eine freiheitliche Änderung des Landtagswahlrechts erschwert, wenn nicht gar unter Umständen bis auf zunächst nicht absehbare Zeit unmöglich gemacht. Wie ich sonach damit nichts gesagt habe, was nicht ohne Weiteres in der Sache läge, so habe ich hierbei auch meines Erinnerers überhaupt mit keinem Worte die sächsische Regierung erwähnt, jedenfalls aber weder durch Form noch Inhalt jener Äußerung jemanden Ansatz gegeben, sie anders als eine rein persönliche aufzufassen.

Also, Wähler, ein freiheitliches Wahlrecht ist nach dem einschlüpfenden Realismus nur berechtigt, wenn die Wähler davon im realitären Sinne Gebrauch machen! Morgen ist der Tag der Abrechnung!

Deutschlands Jugend im Wahlkampfe. Aus bürgerlichen Kreisen wird der sächsischen Arbeiterzeitung unter Beifügung eines Beitrags zum Wahlkampf geschrieben:

Geehrte Redaktion! Ich möchte Ihnen hiermit die kurze Mitteilung machen, daß man sich hier in Dresden einer ebenso billigen wie unseligen Waffe bedient, um für national-konservative Zwecke Agitation zu treiben. Man benutzt dazu die älteren Schüler der höheren Lehranstalten. Natürlich zwinge man sie nicht, aber man gibt ihnen unter der Hand zu verstehen, welch gutes Werk sie tun, wenn sie konservative Flugblätter usw. ausstellen. Viele Schüler, die sich auf diese Weise bei ihrem Lehrer, der meist streng konservativ ist, in guten Stand bringen wollen, tun es deshalb. Außer zum Ausleihen von Flugblättern werden sie dazu benutzt, säumige Wähler, die man für konservativ hält, noch im letzten Augenblick an die Wahlurne zu schleppen. Es genügt also den Herrn Lehrern nicht, die unerfahrenen jungen Leute durch ihre fortwährenden Schönlinge zu unterhalten, sondern sie benutzen sie nun auch zu ihren Werkzeugen. Und Leute mit solchen Mitteln und Waffen nennen sich fein und gebildet.

Natürlich ziehen die Ordnungsschüler nicht nur in Dresden diese Jungen zur Wahlkampf und Schlepperei heran. Darum darf kein Arbeiter am Wahltag der Urne fernbleiben!

Dresden. Wegen Beleidigung des Justizministers Dr. Otto ist am 4. August v. Js. vom hiesigen Landgericht der Schriftsteller Erich Herz zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat als Redakteur der Dresdner Rundschau einen angeblich von einem Alther verkauften Artikel veröffentlicht und mit einem Schlussabsatz versehen, in dem gesagt wurde, in Sachen würden die älteren Richter gegen die jüngeren zurückgesetzt. In dem Schlussabsatz nannte der Angeklagte das angebliche Verfahren des Ministers einen Skandal. Die Reaktion des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Lichtenberg. Wegen Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung wurden hier mehrere Mitglieder des Militärvereins ausgeschlossen. Es bröckelt!

kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Opfer des Sektens. Wessens wurde in Mecklenburg eine 41 Jahre alte Frau, die von ihrem Mann getrennt lebt und Mutter von vier noch unerzogenen Kindern ist. Die Frau besuchte sehr fleißig die Versammlungen und Versammlungen einer religiösen Sekte, die so ungünstig auf sie einwirkten, daß sie in ihrer Wohnung öfters An-

falle belam, die auf religiösen Wahnsinn schließen ließen und ihre Unterbringung im Krankenhaus notwendig machten. — In Mylau brannte die mechanische Baumwollspinnerei Gebr. Hebecker nieder. Im Brande sind zwei Arbeiterinnen ums Leben gekommen und ein Arbeiter wurde schwer verletzt. 200 Arbeiter sind brotlos geworden. — Aus dem Zoologischen Garten in Plau a. d. entwich ein Wolf und suchte das Weite. Den Bestatter gelang es unter Anwendung einiger List, das gezähmte, aber dennoch nicht ungefährlichen Ausreißers wieder habhaft zu werden und ihn in seinen Käfig zurückzubringen.

Der Wahlkampf im 12. Wahlkreis.

Die Schlussvorstellung.

Der bürgerliche Mischmasch in Leipzig-Stadt hat es glücklich fertig gebracht, noch in letzter Stunde die Wahlbewegung auf ein Alouat herabzudrücken, daß der Karnevalswahltag entspricht. Bissher war es den Herren wenigstens immer noch bis zu einem gewissen Grade gelungen, vor denjenigen, die sich um das politische Leben so gut wie gar nicht gekümmert haben, ihre politischen Dummheiten und Niederkräfte mit einem Lügen- und Phrasenmantelchen zu umleidern. Gestern aber muß auch dem Alouat der geistige Bankrott der bürgerlichen Maulhelden offenbar geworden sein. In der gestern abend im Zentraltheater abgehaltenen Versammlung für „nationale“ Wähler gedachten die Herren als spezielles Thema nochmals die Kolonien zu behandeln, obwohl diese, wie Herr Sievers bemerkte, nicht der einzige Gegenstand des Wahlkampfs seien. Das ist aber ganz erklärlich. Da die Herren sich auf eine ernsthafte politische Diskussion nicht einlassen können, ohne Gefahr zu laufen, sich selbst zu ohseigenen, müssen sie schon immer wieder auf die Kolonialpolitik zurückkommen, wo sie hinter einem großen Phrasenkreis ihre geistige Armut am besten verbreiten können. Über die Ordnungsmänner haben entschieden Beschluß; sie haben sich gestern wohl die ärzte Namenge in diesem Wahlkampfe geholt. Nun sie hatten doch alles so schön eingeschärfelt. Aus allen Schichten der Bevölkerung hatte man Mediziner gewonnen. Neben einigen Leuchten der Wissenschaft, einem leibhaftigen Warmer und einem „Schulmann“ produzierend sich ein simpler Gewerbetreibender, ein kleiner Krammer und — man höre und staune — auch ein Mann, der sich als „Arbeiter“ vorstellte. Um die Sache aber besonders wirkungsvoll zu machen, hatte man sich noch einige „echte Afrikander“ kommen lassen.

Herr Junck, der den Abend einleitete, sah nur seine vor 11 Tagen begonnene Wandlung konsequent fort, wenn er sich gestern als Kolonialstürmer gab und die Jongleurkunststückchen Dernburgs als Meisterleistungen pries. „Das schafft gerade noch“, bonierte Herr Junck, „dass wir uns von Südweststaatsgouverneur, ehe der „Krieg“ siegreich zu Ende geführt ist. Das wäre das schlecht, daß man sagt, die Deutschen könnten nicht nur nicht kolonieren, sie können nicht einmal Krieg führen.“ In übrigen bekränkte er sich daran, den Reichsverbandsbund über die Notwendigkeit und den Wert der Kolonien wiederzuladen und den ergänzenden Text zu den gestern in der Stadt verzeichneten bunten Bildergeschenken zu liefern.

Professor Dr. Braendenburg machte in Geschichte und verknüpfte den stammenden Zuhörern, daß Deutschland eigentlich die älteste und glorreichste Kolonialmacht sei. Wenn man in Afrika bisher keine Erfolge zu verzeichnen hatte, so läge das daran, daß der Deutsche wohl ein tüchtiger Arbeiter, aber für die Kolonien ein viel zu guter und „weicher“ Mensch sei. Und nun Herr Kommerzienrat habe nicht. Das ideale Interesse will er gern den Missionaren überlassen, aber die wirtschaftlichen Interessen habe das „ganze Volk“ zu verfechten. Nur einem „glücklichen“ Zufall habe man es ja zu danken, daß man England, das sich förmlich um Südweststaaten gerissen habe, zuvor kommen konnte. Aber der Rektor sei, daß man damals noch keinen Dernburg hatte, der Vorträge über „Erziehung in den Kolonien“ halten könnte; aber diesen Nebelsturm ist ja nun abgeholfen. Derartige Möglichkeiten, wie sie bei der Machtausübung bis zum letzten Augenblick gemacht worden seien, dürften nicht wieder vorkommen. Es sei falsch, zu sagen, der Aufstand sei ausgetragen wegen falscher Behandlung der Eingeborenen. Sie seien zu gut behandelt worden. Wenn man sie als Gleichberechtigte behandle, schwille ihnen nur der Hamm. Dann der „Wert“ der Kolonien. Im Norden extraktive Rindviehzucht, im Süden Schaf- und Straußenzucht. Aber das sei ja noch das wenige, die Hauptwert bestünde in reichen Erzeugnissen. Viel habe man zwar noch nicht gefunden, aber man vermute noch große Schätze. Auch sei gar nicht ausgeschlossen, daß man noch einmal Gold und Silber entdecke. Einen Diamanten habe man ja schon gefunden, man wisse nur nicht genau, ob er aus deutschem Gebiet stamme. Die Handelsfachse aber sei, daß „unsre nationale Ehre“ engagiert sei. Deshalb müsse die deutsche Südmärkte errichtet werden.

Mit großer Spannung wurde die Vorführung des „national gesinnten Arbeiters“ Gustav Posern erwartet, der anscheinend erst in den letzten Tagen durch das bekannte Inserat in den Leipziger Neuesten Nachrichten als „Medner“ gewonnen worden |

ist. Es machte fast den Anschein, als wenn der Herr seine Rede nicht einmal selbst ausgeschrieben hätte, denn die gesetzten Namen und Zahlen waren ihm böhmische Dörfer. So sprach er wiederholte von einem Kolonialdirektor Sternberg und von der 50 000 M. übersteigenden Aus- und Einfühe der Kolonien usw. Aber lassen wir Herrn Posern selbst lesen: Den schärfsten Terrorismus der Sozialdemokraten, ihre Fliegereien und Unempfehlungen habe ich durchgesetzt und trotzdem bin ich national geblieben. Ich hätte auch in die Leipziger Volkszeitung oder in den Konsumverein kommen können, wenn ich Sozialdemokrat geworden wäre, aber ich habe mich nicht bewirten lassen. Es ist bezeichnend für den geistigen Zustand des „gewillbten Bürgertums“, daß dieses Werk mit brausendem Beifall aufgenommen und der „Held des Tages“ von allen Seiten bejubelt wurde.

Fast ebenso „schön“ war die Rede des Malerobermeisters und Gewerkschaftsvorsitzenden Grüner, der die Interessen des Handwerks am besten zu wahren glaubte, indem er eine Parole für die deutsche Kolonialherausforderung brach.

Pfarrer Kaiser verdonnerte die Nömlinge und riet den „Damen“, nicht etwa sich um das Wahlrecht zu bemühen, sondern hübsch drausen stehen zu bleiben und die Männer „anzuseuen“, für die glorreichen Kolonien einzutreten. Der liebe Gott, der alle Schlachten besiegt, werde auch Herrn Junck zum Siege verhelfen.

Als „Reformator“ stellte sich der Handels- und Realschul Lehrer Barthel vor, der mitteilte, daß er seine Vorschläge zur Begeisterung der Schuljugend für die Kolonialpolitik bereits Dernburg unterbreitet habe, der ihn auch bereits mit drei Jahren abgesetzt habe. Er schlage erstens vor, die Jugend ein paar Stunden in den Hamburger Hafen zu führen. Das erscheint allen Handelsunterlern. Ferner sei die Errichtung eines Kolonialmuseums und Abhaltung von Vorträgen, zu denen sich Herr Henrich sehr gut eignen würde, zweitens. Zum Schluß erzählte er eine wunderschöne Geschichte von einer „nationalen roten Badehose“, die wir unsern Lesern wegen Raumangstes lieber vorenthalten müssen.

Am interessantesten waren aber die Ausführungen der „alten Afrikaner“, von denen immer einer den anderen überlegte, zum Entzücken der Herren am Vorstandstische. Während der eine, der „gründlicher Henner“, den Norden Südweststaates als fruchtbaren Garten schilderte, mußte ein anderer „gründlicher Henner“ zugeben, daß der Vorwurf, die Kolonie sei eine Sandwüste, zutrifft, bis auf den südlichen Teil. Die Herren machten so ergötzliche Bodysprünge, daß ein Teil der Versammelten recht bedeckliche Gesichter machte. Sicherlich haben die Ordnungsmänner erleichtert aufgeatmet, als diese „Helfer“ gewendet hatten.

So endete die große bürgerliche Aktion. Die Wähler werden den Herren am 26. Januar zeigen, wie sie über unsre „schönen“ Kolonien denken. *

Handwerkerversammlung. Über die bevorstehende Reichstagswahl sprach Genosse Lange gestern abend im Volkshaus vor einer größeren Zahl von Handwerkern und Gewerbetreibenden. Die Versammlung war einberufen worden auf Wunsch einer Reihe von Angehörigen des Mittelstands, die keine Gelegenheit hatten, an der Montagversammlung teilzunehmen. Der Referent verwahrte sich am Anfang seiner Rede gegen die Verhuldigung des Tischlermeisters Fischer in der Zentraltheaterversammlung der Ordnungsparteien, er habe Herrn Junck persönlich angegriffen. Derselbe Mann, der diese Behauptung aufstellt, habe am Nachmittag sachlich mit ihm diskutiert und erklärt, daß er seine Langes Ausführungen vollständig unterschreibe. Lange schilderte dann die Lage des Handwerks in der mittelalterlichen Städtewirtschaft und die Revolution auf sozialen und wirtschaftlichen Gebieten. Es sei eine Illusion, zu glauben, daß durch günstlerische Forderungen, wie die Verhuldigung des Meisterberufs usw., die wirtschaftliche Entwicklung aufgehalten werden könne. Die Übermacht des Kapitals, die alle technischen Fortschritte in ihren Dienst stellt, sei es, die den Erfolg des Handwerks bedingt und durch gesetzliche Maßnahmen, wie den Fähigkeitsnachweis, Zwangsimmunität usw., nicht gebrochen werden könne. Gegen diese Erhöhung anzulämpfen, sei verschert und aussichtslos. Der Mittelstand würde in seinem eigenen Interesse handeln, wenn er gemeinsam mit den organisierten Arbeiterschaften Front mache gegen die Polizeipolitik der herrschenden Klasse, die gerade Handwerk und Gewerbe am allerstärksten belaste. Diese Politik verschlechtere die Lage des Mittelstandes durch Verkürzung der Rohstoffmaterialien und Werkzeugen, verringere die Konsumfähigkeit der Kinderbemittelten, die als hauptsächliche Kunden des Handwerks in Betracht kommen. Auch die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien sei nichts weiter als eine Begünstigung der Reichen und trage in hohem Maße dazu, den selbständigen Handwerker ins Proletariat zu stoßen. Wer habe den Vorteil von der Kolonialpolitik? Eine kleine Anzahl von Armeleieranten usw.; und die große Masse des Volkes trage die Kosten. Die Sozialdemokratie mache den kleinen Leuten keine Versprechungen, die sie nicht halten könne. Sie spreche aus was ist und lehne es ab, mit billigen Versprechungen Stimmengewinn zu treiben.

Herr Ohnesorge fühlte sich verpflichtet, festzustellen, daß

nicht Genosse Lange, wie die Neuesten Nachrichten schrieben, dem bürgerlichen Standesdienst Heuchelei vorgeworfen habe. Er, Medner, habe in der Montagversammlung der nationalliberalen Partei diese Verhuldigung ins Gesicht geschleudert. Die Partei für diese Behauptung läge auf der Hand. Keinem Angehörigen des Mittelstandes könne es einfallen, dieser Partei seine Stimme zu zwingen.

Tischlermeister Groß bestätigte die Ausführungen des Vorredners, soweit die falsche Verhinderung der Neuesten Nachrichten und die Anerkennung seines Kollegen Fischer in der Zentraltheaterversammlung in Betracht kommen. Mit der Sitzung der Sozialdemokratie zur Steuerpolitik usw. sei er vollständig einverstanden, anders sei es mit der Sitzung zu den Sonderwirtschaften der Handwerker. In der Sitzung habe die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht für das Handwerk gewirkt, habe vor allem auch nichts getan, um die Handwerkerforderungen zu sichern. Die Nationalliberalen hätten allerdings dem Handwerk auch nichts genützt, sie versprachen aber wenigstens, etwas zu tun. (Große Beifall.) Das Handwerk gebe noch lange nicht zugrunde. Die Maschine könne die selbständigen Handwerker, Kleischer usw. nicht überflüssig machen. Die Sozialdemokratie fördere die Wacht des Großkapitals, indem sie zusammen für Handelschulen bewillige, die Warenhäuser unterstützen und bei Streiks nicht mit der Energie gegen die großen Fabrikanlagen vorgehe, wie gegen die kleinen Gewerbetreibenden. Dem Handwerk müsse beizugesetzen geholfen werden, wenn es aus seiner Notlage wieder herauskommen solle. Die Forderungen der Kleinmeister nach Aufhebung der Gewerbefreiheit und Einführung des Fähigkeitsnachweises seien keine günstlerischen. Es seien so notwendig wie das Koalitionsrecht für die Arbeiter. Erkläre ich die Sozialdemokratie für diese Wünsche, würden auch die Handwerker wieder zu ihr halten.

Der nächste Redner, Kaufmannsmeister Ohnesorge, polemisierte gegen den Vorredner. Es sei eine Illusion, zu glauben, durch Mittel, wie sie Herr Groß vorgeschlagen habe, könne die Entwicklung aufzuhalten werden. Für einen denkbaren Handwerker könne es am 26. Januar nur eine Parole geben: Gegen die Lebensmittelwucherer, für die Sozialdemokratie!

Genosse Behr stellte fest, daß die Sozialdemokratie für die Sicherung der Handwerkerforderungen erklärt habe. Die nationalliberalen Vertreter des Großkapitals und ihr Erwählter Junck glauben selbst nicht an die Durchführbarkeit der Versprechungen, die sie jetzt vor den Wahlen machen. Sie könnten nicht gegen ihr eigenes Interesse arbeiten und den Mittelstand vor der Proletarisierung schützen. Ein konsequenter Handwerker wähle sozialdemokratisch.

Kaufleinlaus: Die Handwerker gingen nicht in die Versammlungen, weil sie fürchteten, bei der Mischmasch als sozialdemokratisch verdächtigt und bescholt zu werden. Die Mittelstandsbereinigung habe anfangs nur wirtschaftliche Ziele gehabt und lasse sich jetzt zu den politischen Zwecken der bürgerlichen Parteien missbrauchen. Ihr Leiter, Fischer, der früher schwor, stets die Nationalliberalen zu bekämpfen, habe jetzt, ohne die Mitglieder zu fragen, die Mittelstandsbereinigung an den Mischmasch ausgeliefert. An der Mischmasch ist viele Klein gewerbetreibender scheiterten die Versuche, dem Handwerk aus eigener Kraft zu helfen. Sein, des Redners, Wirkung im Jungeausland sei gerade bei den Herren Fischer usw. auf den größten Widerstand gestoßen. Die Politik der bürgerlichen Parteien schädige gerade den Mittelstand am schwersten, und Junck werde an dieser Politik nichts ändern. Wenn auch vielleicht einmal von den Sozialdemokraten ein kätzischer Fehler gemacht worden sei, wie bei der Ablehnung der 700 Mark für Reinigung der Handwerkslehrlinge, so habe sie sich doch sonst nichts der Verdächtigen angenommen. Darum könne es auch keine andere Lösung geben als: Sozialdemokratisch wählen.

Aus der Umgebung.

Leutkirch. Die Reichstagswahl findet in folgenden drei Wahlbezirken statt:

I. Wahlbezirk: Bahnhof-, Otto-Schmidt-, Albert-, Carolo-Grabau-, Barnewitz-, Karl-, Schwab-, König-Georg-, Weitz-, Franz-Mlemings-, Hohe und Kurze Straße, sowie die selbständigen Gütersiedlungen, Leutzsch und Burgau. — Wahllokal: Restaurant Barnewitz Hof, Barnewitz Straße 5.

II. Wahlbezirk: Leipziger, Auen-, Thorer-, Post-, Kirchstraße, Kirchweg, Leitz-, Schönauer, Rathaus-, Turner-, Eisenbahn-, Merschburger, Schul-, Haupt-, Weinberg- und Lindenstraße. — Wahllokal: Restaurant Wartburg, Wartburgstraße 1.

III. Wahlbezirk: Einbauer-, Gartens-, Waisenhaus-, Leibniz-, Walb-, Grenz-, Quers- und Feldstraße. — Wahllokal: Restaurant Feuerschlößchen, Hauptstraße 66.

Stimmzettel sind an den Wahllokalen zu haben.

Modau. Für die Reichstagswahlen ist unser Ort in drei Wahlbezirke eingeteilt. Der erste Wahlbezirk umfaßt Altmodau. Das Wahllokal befindet sich im Restaurant Götsch. Die Wähler des zweiten Bezirks, Mittelmodau, wählen im Rathause und die Wähler des dritten Bezirks, Neuendorf, im Restaurant Kappelhof.

Das Wahlkomitee hat seinen Sitz im Lindenhof. Die Wahlergebnisse werden abends im Neuen Gasthof bekannt gegeben.

Kleiner Anzeiger.

Wohnungsanzeigen.

Verkäufe und Käufe.

Unsere verehrlichen Freunde werden gebeten, beim Einsehen von Wohnungen stets sich auf die Wohnungsanzeigen der Leipziger Volkszeitung zu beziehen.

Süden.

Gäßerviertel v. jg. Zeit. 2.000 M. 1.4. gel. Off. 100 M. Tonnewitz.

Westen.

Plagwitz, Klingensteinstr. 10, II. r. Iere 2. Preis. Stube zu vermieten.

Plagwitz

Elisabethallee 41. Sonn., beide Tage v. 1. April zu verm.: Wohn. i. II. Etg. Preis 650 M. mit Götzen.

NB. Radioträgerapparate sowie Dunkellampe f. Amateur vorr. Plak. dat. pl. 1. b. Preis.

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten.

Bettfedern und Daunen spottbillig. Gebiete von 12,50,- & an. Mittelstr. 4,- Bett u. Kiss. 13,- Nordstr. 53, II. r.

Jede Bindenauer Haushfrau sollte es wissen, daß sie ihre Bettwäsche und Bettlen am billigsten kaufen bei Paul Prinsky *

Gele. Holzleiter. u. Gundorf Str. G. Auswahl in Erstlingsausstatt.

Ladentafel, Backstall, Tisch, Stühle usw. i. v. S. Zellerb., Bindenaustr. 143, pl. r.

Eleg. Plüschtosaf von 40.-An. Matz. n. Wiss. 16.-An. Aufpolst. Bill. N. Konradstr. 20, h. od. 18.-J.L. *

Elegant. Taschen-Plüschtosaf 85 Wf. verschied. Möbel billig zu verkaufen. Paokhofstr. 5, II. *

Eleg. Plüschtosaf, neu, 85.-, zu verkaufen. Markt 2, IV. 1. *

1. best. u. 2. einf. Sofas, Spiegelböhr. 4. Bettst. bill. Universitätsstr. 12, I. *

10 eleg. Damaskus-Kostüm spb. St. 2. a. w. Abriebe. Albertstr. 48, III. I.

Achtung! Stoffauslösung! Verkaufsstall, niedr. Preise. Gelegenheits-Bazar, Volkstr., Martannenstr. 121.

Neues, wen. gebr. Sofa und Kleiderschrank bill. u. v. S. Zellerb., Bindenaustr. 61, Laden

Dauerh. v. Matratzenfert. n. Wiss. v. 18. AnLender, I. L. Bindenaustr. 22. *

H. u. D.-R., m. Fris., 80 n. 40 Mf., rote Wn. Gohl. Neub. Hall. Str. 121, II. *

Grelaufrab, wie neu, bill. zu verkaufen. Endenau, Rudolffstr. 8, III.

Guter Kanonenofen zu verkaufen. Erst. Pl. Naumburg. Str. 9. IV. r.

3. Preis. Ab. m. ca. 1500 M. zu verkaufen. Voltin, Ewaldstr. 14, I. r.

gekauft. Westpflug bei Salzmann.

Al. el. Koch. Eisenstr. 100, I. I. r.

Fensterglas
Glashd. Eisenbadstr. 143
(an d. Gasanstalt E.-Selleb.)

Trockenes Brennholz, & Korb 50 Pkg. Schleißig, Seumestr. 10.-

Leibbaudschne auf alles, bloß nicht Bettwäsche und Herren-Uhren, feintz. hab. Preiss. Frau Sperling, Windmühlenstr. 45, I. I. *

Hobelbaut. Kleiderbüch. kaufen Wolf, Eisenbahnstr. 113b, h. Werkst.

Sitz-n. Liegew. u. gebr. Sitzletsch. Milchloch. z. l. gel. Antonstr. 21, II. I.

Gleg. Plüschtosaf, neu, 85.-, zu verkaufen. Markt 2, IV. 1. *

1. best. u. 2. einf. Sofas, Spiegelböhr. 4. Bettst. bill. Universitätsstr. 12, I. *

10 eleg. Damaskus-Kostüm spb. St. 2. a. w. Abriebe. Albertstr. 48, III. I.

Achtung! Stoffauslösung! Verkaufsstall, niedr. Preise. Gelegenheits

Das Zentral-Wahlkomitee

der Sozialdemokratischen Partei

befindet sich im

Volkshaus

Zeitzer Strasse, Mittelportal III. (Tel. 3426.)

Alle Zuschriften, Anfragen usw., die Wahlsachen betr., sind an das

Zentral-Wahlkomitee

Fr. Nüchtern, Volkshaus, Mittelportal III., zu richten.

Bureauzeit: früh 10 bis abends 8 Uhr.

Volkshaus Leipzig.

Sitz des Zentral-Wahlbureaus.

Am Wahltage, 25. Januar

Grosses Wahlfest-Konzert.

Gleichzeitig

◆ Verkündung der Wahlresultate ◆

in allen Lokalitäten des Etablissements.

L.-Ost.

Die offizielle Verkündigung der Wahlresultate findet in folgenden Lokalen statt:

Thüringer Hof, L.-Volkmarsdorf
Bergschlösschen, L.-Neuschönefeld
Drei Mohren, L.-Anger.

Der Bezirks-Vertrauensmann.

Einwohner Ostens

Freitag, den 25. Januar

Grosses Konzert und Wahlresultat-Verkündigung in sämtlichen Räumen der 3 Mohren.

Es ist Fürsorge getroffen, dass die hiesigen sowie auswärtigen Wahlresultate auf dem allerschnellsten Wege zur Veröffentlichung gelangen.

Das örtliche Wahlkomitee.

Parteigenossen von Lindenau

Die offizielle Bekanntgabe der

Wahl-Resultate

findet am Wahltage, Freitag, den 25. Januar cr., nur im

Etablissement Drei Linden

abends von 7 Uhr an statt.

Für musikalische Unterhaltung in den Zwischenpausen ist gesorgt.

Das Sozialdemokratische Wahlkomitee für Lindenau.

Sozialdemokratischer Verein

für den 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis.

Reichstagwahl.

Das Hauptbureau befindet sich am **Wahltage, 25. Januar**, im **Volkshause**, Eingang rechtes Portal, 1. Etage.

Die **Bezirkswahlbureaus** befinden sich in folgenden Lokalen:

Ostbezirk Thüringer Hof, Volkmarstr., Elisabethstr. 13.

Telephon Nr. 7917.

Westbezirk Felsenkeller, Plagwitz, Karl-Heine-Str. 32.

Telephon Nr. 2919.

Südbezirk Veteranenhalle, Connewitz, Pegauer Str. 88.

Telephon Nr. 6451 (Friedrichshallen).

Nordbezirk Mönchshof, Gohlis, Georgstraße 21.

Telephon Nr. 9715 (Horn).

Südostbezirk Gasthof Neureudnitz, Stötteritzer Straße 7.

Telephon Nr. 7138.

Alle Angelegenheiten und Vorommisse innerhalb eines Bezirkes sind an das zuständige Bezirkswahlkomitee zu richten.

1715*

Die Bezirksvertreter.

L.-Stid.

Morgen Freitag

Wahlresultate-Verkündigung

in den Friedrichshallen, Connewitz.

Hierbei:

Instrumental- und Gesangs-Konzert.

[1943]

Der Vertrauensmann.

Felsenkeller Leipzig-Plagwitz.

Morgen Freitag, den 25. Januar, abends 8 Uhr findet im großen Saal

Konzert u. offizielle Verkündigung der Wahlresultate

statt.

[1935]

Das örtliche Wahlkomitee.

Gasthof z. Löwen, Stötteritz.

Schönstes und größtes Konzert- und Balltablissement des Vororts.

Morgen Freitag Bekanntgabe der Wahlresultate im großen Saale dabei Gesangs- und Instrumental-Freikonzert.

Samstag, den 26. Januar, Krystallpalast-Sänger.

Il. a.: Der urkundliche Künstler als Hauptmann von Köpenick.

Freudlichst laden ein

Robert Schlegel.

Freitag abend Gemütliches Beisammensein.

Verkündigung der Wahlresultate im Restaurant von Hans Steinberg (Vereinstafel). Zu zahlreichem Besuch laden ein Das örtliche Wahlkomitee.

Westendhallen.

Morgen Freitag

Carola-Sänger und Ball.

[1940] Donnerstag, den 31. Januar

Grosser Volksmaskenball.

Restaurant Vater Jahn

Lindenau, Werseburger Straße 80.

Morgen Wahlresultatverkündigung verbunden mit Freikonzert.

Gräbenst laden ein

[1937]

A. Pultor.

NB. Nächsten Sonnabend und Sonntag gr. Bauernmusik.

2. Beilage zu Nr. 20 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 24. Januar 1907.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, den 24. Januar.

Geschichtskalender. 24. Januar 1800: Der deutsche Reichstag beschloß mit 188 gegen 111 Stimmen, das Sozialistengesetz für immer bestehen zu lassen.

Die Sprechstunde fällt am Wahltag aus.

Die Reichstagswahlen am 25. Januar.

Die Wahl beginnt vormittags um 10 Uhr und wird um 7 Uhr abends geschlossen.

Vor dem Betreten des Wahllokals versehe sich jeder Wähler mit einem Stimmzettel.

Beim Betreten des Wahllokals wird ihm von einem Walsdienner ein amtliches Wahlkuvet gegeben, in das er in der Wahlzelle des Lokales den Stimmzettel steckt.

Durch diese Wahlzelle, der den Wähler den Blicken der übrigen im Wahllokal Anwesenden völlig entzieht, ist die geheime Wahl wirklich gesichert.

Im Interesse der glatten Wahlarbeit ist es dringend nötig, dass jeder Wähler frühzeitig zur Wahl geht und an der Urne seine Wohnung, Hausnummer und seinen Namen recht laut und deutlich nennt.

Punkt 7 Uhr abends wird der Wahlakt geschlossen, so dass die etwa noch im Wahllokal anwesenden Wähler ihre Stimme nicht mehr abgeben können.

Angültig sind:

1. Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag und solche, die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind.

2. Stimmzettel, die nicht von weisem Papier sind.

3. Stimmzettel, die mit einem Kennzeichen versehen sind.

(Es ist darauf zu achten, dass weder Stimmzettel noch Umschlag Schweiß- oder Schmuhstücke aufweisen, da in solchen Fällen die Stimme für ungültig erklärt werden kann.)

4. Stimmzettel, die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten.

5. Stimmzettel, aus dem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist.

6. Stimmzettel, die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Gewählten enthalten.

Wenn in einem Umschlage auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel enthalten sind, so ist keiner davon gültig.

Vor allem haben die Beauftragten unserer Partei, namentlich in den ländlichen Ortschaften, streng darauf zu sehen, dass als Wahlurnen keine Punschkrüppen, Zigarrenkisten oder derartige Gesäße verwendet werden.

Werden gegen den Widerspruch trotzdem solche Gesäße in Urnen verwendet, so notiere man es und teile es schmunzlig dem Zentralwahlkomitee im Volkshause mit.

Ebenso sind alle sonstigen Unregelmäßigkeiten sofort dem Wahlkomitee im Volkshause zu melden.

Der Ordnungsbrei in Leipzig und die Beamten.

Als in Leipzig bekannt wurde, dass die Nationalliberalen den andern bürgerlichen Parteigruppen einen Kandidaten ostrorieren wollten, waren verschiedene Kreise arg verschmust, denn das ging ihnen über die Gutschnur, dass sie nur Ja und Amen sagen sollten zum präsentierten Kandidaten.

Den Linksliberalen, die es auch nur dem Namen, nicht der Sache nach sind, und Herrn Dr. Junc gern als den ihrigen betrachten möchten, ist ja von Herrn Junc eine derbe Ohngefeige versetzt worden, als er sich als Anhänger der nationalliberalen Partei bekannte und hinzusah, dass auch die konservative Weltanschauung notwendig sei.

Die verschiedenen Gruppen des Mittelstandes wurden nun schon gar nicht gefragt, ob ihnen ein nationalliberaler Kandidat genehm sei, man quetschte sie einfach an die Wand, und als sie quietschten, verschrie man sie als Friedensstörer.

Wir stark die Opposition in Mittelstandskreisen gegen die Juncsche Kandidatur war, geht aus einer Zuschrift an das Bremkauer Amtsblatt hervor, das diese Ende Dezember abdruckte, die also lautet:

Die gemeinsame Kandidatur Dr. Juncs scheint sich in ein allgemeines Tohuwabohu zu verlieren, denn selbst die kleinsten Gruppen sprechen jetzt von Sonderkandidaturen. Wenn selbst der Landtagsabgeordnete Enke es nicht unterlassen kann, wie in einer Handwerkerversammlung geschehen, gegen die Kandidatur Dr. Juncs zu eifern, dann dürfen die Sozialdemokraten froher zuversicht sein."

Ob sich die Handwerker usw. auch, wie Herr Enke, für Herrn Dr. Junc haben breitschlagen lassen, wird ja das Ergebnis der Wahl zeigen.

So viel Verständnis hatten die Urrangeure des bürgerlichen Wahlkummels doch noch, dass sie mit ihren ausgängerstreben und fallenden Parteigruppen keine

Wahlkämpfer schlagen, sondern sich nach anderer Hilfe umsehen mussten.

Die wirtschaftlichen Verbände verschiedener Angestellten, wie die Handlungsgeschäftsleute und Beamten, sollten nun das Fundament abgeben, worauf die bürgerlichen Partei führe: ihr nationales Bilderbogenhaus aufzubauen wollten. Die ihrer sozialen Lage nach der Arbeiterklasse angehörigen Beamten wollten sich nun aber auch nicht so ohne weiteres fügen, sondern wehrten sich. Die Deutsche Beamtenzeitung erklärte in ihrer Nr. 7 ründ, dass ein nationalliberaler Großkapitalsvertreter, wie Junc, der Kandidat für die Beamten nicht sei. Dafür wurde sie vom Tageblatt wütend als Störenfried angefaucht, worauf die Beamtenzeitung in einem Flugblatt nichts weniger als mutig entgegnete. Das Tageblatt ließ sich nicht verblassen und in einem weiteren Flugblatt knickte die Beamtenzeitung völlig zusammen. Statt dass die Beamtenzeitung an der Hand der Tatsachen gezeigt hätte, wo die bürgerlichen Parteien an den Beamten gefündigt haben, sängt sie an, für Dr. Junc Propaganda zu machen, mit welchem Erfolg, muss freilich abgewartet werden.

Keinen Ton bringt die bürgerliche Presse darüber, dass Dr. Junc Anhänger der indirekten Steuern, der Wucherzölle auf Nahrungsmittel ist, dass er keine Hand rührte, als den städtischen Arbeitern das Koalitionsrecht genommen wurde, als das städtische Wahlrecht noch mehr verschlechtert werden sollte, als die Rechtsanwaltsgehilfen mit ihren Forderungen abgewiesen wurden; kein Wort vermag sie gegen unsre Feststellung der Beamtenfeindlichkeit Juncs zu sagen, dass Herr Junc im

„Wenn die nationalliberale Fraktion am gestrigen Donnerstag die zweite Resolution zum Steuergesetz – es handelte sich um die Beratung der 200 Millionen neuer Steuern – in durchaus verkehrsfeindlicher Weise begründet ließ, so handelte sie aus freiem Triebe heraus. Sie zeigte sich reaktionärer als die Freikonservativen der Färbung Arendt und fiskalischer als der Fiskus. Für eine solche Deutung des Liberalismus danken wir.“

So schrieb am 20. Mai 1906 das nationalliberale Leipziger Tageblatt.

Stadiverordnetenkollegium gegen die Erhöhung der Gehalte für die unteren städtischen Beamten gesprochen hat. Die Beamtenfeindlichkeit des Herrn Junc geht so weit, dass er sie zu direkten Sklaven machen will, indem er in der Versammlung am Montag im Centraltheater erklärte, dass von Gehaltsaufbesserung nur dann gesprochen werden könne, wenn die Staatsbeamten auch im nationalen Sinne wählen, und sich nicht auf einen vaterlandsfeindlichen Standpunkt stellen.

Auf alle diese Tatsachen weiß die bürgerliche Presse, weiß das Wahlkomitee, weiß Herr Dr. Junc selbst kein Wort zu erwideren, hingegen kommt uns das Tageblatt heute mit der kindischen Frage: Warum die Sozialdemokratie in Burgen oder Meern an den Zukunftstaat nicht eingeführt habe? Und erwartet womöglich, wir sollten uns auch auf den Kinderspunkt stellen. Auf die Schwundeleien der Neuesten Nachrichten einzugehen, hieße unter Lefer beleidigen, die traurige politische Giftpfuschergesellschaft mag sich totlügen.

Morgen hat es die Wählerschaft in der Hand, für die schamlose Wahlmaße der bürgerlichen Parteien wie für die Auspurerungspolitik der letzten drei Jahre zu quittieren.

Weilgen die Führer einzelner wirtschaftlichen Vereinigungen noch so sehr für Dr. Junc zu wirken suchen, ihre Mitglieder werden sich wohl überlegen, ob sie das einzige politische Recht, das sie alle fünf Jahre einmal ausüben können, gegen sich selbst richten, indem sie einen Reaktionär wählen.

Es gibt für das werktätige Volk nur eine Wahl, das ist die, für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen:

12. Kreis: Heinrich Lange.

13. Kreis: Friedrich Geyer.

Die Sozialdemokratie und die Forderungen der Handlungsgeschäftsleute.

Aus Handlungsgeschäftsleute schreibt man uns:

Da die bürgerlichen Parteien wissen, dass sie bei den Arbeitern jeden Kredit verloren haben, versuchen sie jetzt mit aller Macht, andre Schichten der Bevölkerung ins Schlepptrou zu nehmen, so unter anderem auch die Handlungsgeschäftsleute. In diesem Bestreben werden die bürgerlichen Parteien von den Leistungen einiger Handlungsgeschäftsverbände und Kaufmännischer Vereine unterstellt, die die Parole herausgeben: Dem Sozialdemokraten keine Stimme! Diesen Verbänden geht bürgerliche Parteipolitik über Gehilfenvoll. Wie könnte es sonst möglich sein, dass Handlungsgeschäftsverbände die Wahl von Reaktionären empfehlen, von Leuten, die, wie Herr Dr. Junc, der Meinung sind, dass der Reichstag für die Handlungsgeschäftsleute schon sehr viel getan hätte. Was für den Handlungsgeschäftsleuten bisher durch die Gesetzgebung geschaffen worden ist, ist herzlich wenig, steht in keinem Verhältnis zu dem Geschrei, das von den Gegnern darüber erhoben wird. Die vielen Forderungen der Handlungsgeschäftsleute

sind unerfüllt; bisher haben die bürgerlichen Parteien jeder noch so winzigen Forderung gegen Widerstand entgegengesetzt. Wäre die Regierung so einsichtig, wäre die bürgerlichen Parteien, die bisher die Mehrheit bildeten, so hilfsbereit gewesen, wie man glauben möchte will, so müssten längst die Wohlstände im Handelsgewerbe aus der Welt geschafft sein.

Schon das Wesen der bürgerlichen Parteien verbietet genau von selbst die Wahrung der Interessen der Gehilfen.

Dagegen hat die Sozialdemokratie, wie die Tatsachen beweisen, sich der Handlungsgeschäftsleute in der energischsten Weise angenommen, wie sie sich jeder Arbeiterschicht annimmt. Sie ist die einzige Partei, die mit Geschick, Ausdauer und ohne Dank zu erwarten, die Interessen der Handlungsgeschäftsleute vertreten hat und vertreibt.

Greifen wir kurz einige Tatsachen heraus. Schon 1893 beantragten die Sozialdemokraten die gesetzliche Sonntagsruhe. Als 1891 endlich etwas in dieser Richtung geschah, stellten die sozialdemokratischen Vertreter den Antrag, dass nur drei Stunden Sonntagsarbeit, nicht über Mittag hinaus, zulässig seien sollten. Die bürgerliche Mehrheit lehnte den Antrag ab; es wurden fünf Stunden festgesetzt. Es gelang aber den Sozialdemokraten trotzdem, einen Antrag durchzubringen, wonach für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes die Sonntagsarbeit auf längere Zeit, teilweise oder ganz, untersagt werden kann. Es ist bekannt, dass seit der Einführung des jetzt geltenden Sonntagsruhegesetzes die Sozialdemokraten gegen den Willen der bürgerlichen Vertreter ununterbrochen mit aller Kraft in Reichs-, Landes- und Kreisparlamenten für Herbeiführung der völligen Sonntagsruhe kämpfen.

Die Gewerbeordnungsnovelle, die die Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen regeln sollte, gab der Sozialdemokratie wiederum Gelegenheit, sich gegen die Handlungsgeschäftsleute anzunehmen. Sie forderten eine gesetzliche Ruhezeit für die Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr für das gesamte Handelsgewerbe und erreichten, dass die Ruhezeit auf die Angestellten der offenen Verkaufsstellen und der dazu gehörenden Kontore und Lagerräume ausgedehnt wurde. Sie verlangten eine Ruhezeit von 12 Stunden und erreichten eine solche von 11 und 10 Stunden. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangten 2 Stunden Mittagspause, eine „angemessene“, d. h. 1½stündige wurde festgesetzt. Weiter versuchten die sozialdemokratischen Vertreter, 14 Tage Ferien als Entschädigung für die gewährte Durchbrechung der Ruhezeit durchzudringen, was aber an dem Widerstand der Nationalliberalen scheiterte. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte den gesetzlichen Aktivbeladenenschluss, die bürgerlichen Parteien den Neumühlodenenschluss mit aufzulösen. Der Antisemit Raab, der Mitbegründer des deutschnationalen Handlungsgeschäftsverbands, verlangte damals für Zigarettengeschäfte den Aktivbeladenenschluss.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist eingetreten für die Söhngesetze für Verkäuferinnen während der Verkaufsstunden, für die Bestimmung im Handelsgesetzbuch, die die weiblichen Angestellten vor misslichen Zumutungen schützen soll, für die Festsetzung der kurzen Kündigungsfristen, für Schaffung einer Handelsinspektion, für Ausbau der Kaufmannsgerichte und der Versicherungsgesetzgebung, für gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Kontoren, für Festsetzung der Konkurrenztausch usw.

Die Versuche der Sozialdemokratie, durch das Verbot der Konkurrenztausch günstige Verträge für die Gehilfenschaft zu erreichen scheiterten an dem Widerstand der Nationalliberalen. Dagegen gelang es ihnen durchzusehen, dass der Teil des Handelsgesetzbuchs, der die Handlungsgeschäftsleuten besonders betrifft, zwei Jahre früher in Kraft trat.

Aber die Handlungsgeschäftsleute wollen „national“ sein. National ist, gegen die Auspurerung der Massen kämpfen. National ist, eine gewisse Finanzpolitik treiben. National ist nicht, die Groschen der deutschen Steuerzahler in Sandwüsten zu verpulvern, sondern durch gute Beziehungen zu anderen Völkern und gute Handelsverträge den deutschen Handel und Abah erweitern, wovon die Hand- und Kapitalwirtschaft profitiert. Nicht national ist in erster Linie die Zollpolitik und ungesunde Wirtschaftspolitik der deutschen Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie allein tritt ohne jeden Vorbehalt für die Schaffung und Erhaltung der Voraussetzungen ein, die den Handlungsgeschäften volle freiheitliche Veräuflung im wirtschaftlichen und politischen Leben sichern, nämlich: uneingeschränktes Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und Wahlrecht.

So ergibt sich, dass jeder wirtschaftlich national gesinnte Handlungsgeschäftsleute sozialdemokratisch wählen muss, weil nur die Sozialdemokratie seine Interessen vertreibt. Ein Sieg der Sozialdemokratie wird für die Handlungsgeschäftsleute ein Stück vorwärts bedeuten auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer Forderungen.

Die Kandidaten der Handlungsgeschäftsleute sind:

für den 12. Wahlkreis:

Heinrich Lange:

für den 13. Wahlkreis:

Friedrich Geyer.

Musiker Leipzig!

Ein Teil der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes, vertreten durch einen Herrn Plotow, treibt auf seine Faust Stimmensang für den bürgerlichen Kandidaten Dr. Junc. Kollegen, euch dürste nicht schwer fallen, festzustellen, wer blöher den Militarismus und damit zugleich unsere Konkurrenz verstärkt hat. Wer verschaffte und stets neue Lasten? Nur die bürgerlichen Parteien. Deshalb Musiker Leipzig! wählt nicht einen Kandidaten, der euch und eure Voge nur vor der Wahl kennt, sondern wählt die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Der Vertrauensmann der organisierten Musiker Leipzig.

Achtung, Wähler! Soeben wird ein Flugblatt der Ordnungslieute verbreitet unter der irreführenden Überschrift: Hört die Wahrheit!, das Schwindel ist vom ersten bis zum letzten Wort. Nur ein Beispiel Deutschland, das Land der höchsten Betriebszölle, der höchsten Wochenzölle, und als das Land der geringsten Steuerbelastung hingestellt. Dieses Kunststück bekommt man dadurch fertig, dass man die Lasten, die der deutsche Steuerzahler außer einem Abgaben für das Reich, auch noch an die Einzelstaaten, an Preußen, Sachsen usw. zu zahlen hat, einfach unterlägt. Der deutsche Steuerzahler muss doppelt zahlen, an das Reich wie an den Staat. In allen anderen Reichen fällt diese Doppelbesteuerung sori. Das gegnerische Flugblatt ist also Schwindel.

Ordnungsparteiliche Verleumdungen. Keine Blüte des Reichsligenverbands über die Sozialdemokratie ist den Leipziger Ordnungsbrüder zu tunnen gewesen, die nicht als gutes Wahlkampfmittel gegolten hätte. Der Schwund war zum Teil so ekelhaft tunnen, daß sich jetzt der berüchtigte Sozialistenläuter Max Lorenz dagegen wendet, so schreibt er in seiner antikonservativen Korrespondenz:

Wenn es z. B. in ihrem Flugblatt heißt: „Noch stehen Tausende deutscher Soldaten fern von der Heimat im Kampf gegen einen Feind, der an Gransamkeiten feinesgleichen in der Weltgeschichte nicht aufzuweisen hat! Sollen wir sie schußlos sich selbst überlassen? Deutschlands Ehre, Deutschlands Größe, Deutschlands Ruhm, errungen durch die glorreichen Siege von 1870/71, seien auf dem Spieß“ — so ist das eine höchst schändliche und abgeschmackte, von Unwahrschafftkeit triebene Überleitung, auf die der biedere und immerhin realpolitisch genug empfindende deutsche Wähler nicht anders als mit dem Worte „Stuß“ reagiert.

Was ist das Geld geblieben? Aus Gastwirtskreisen schreibt man uns: In der Generalversammlung des Vereins Leipziger Gastwirte, die den 14. Januar im Schlosskeller stattfand, kam es wieder einmal wegen der im März 1905 in Leipzig veranstalteten Hochkunstausstellung zu heftigen Debatten. Die Ausstellungskomiteemitglieder, wovon sechs dem Verein Leipziger Gastwirte angehörten, hielten sich bekanntlich selbst, ohne den Verein gefragt zu haben, in die Klemme geteilt. Die Herren machten aber von ihren Ehrenämtern einen sonderbaren Gebrauch. Mit Gelben der Ausstellungskasse kleideten sie sich von Kopf bis zu Fuß, verteilten auch einen Betrag von 1500 Mark aus der selben Kasse unter sich. Dieselben Herren nahmen auch noch ein Geschenk von 1000 Mark des sächsischen Gastwirtverbandes und ein Geschenk von 3000 Mark vom Verein Leipziger Gastwirte entgegen. Im Kassenbericht des B. L. G. befand sich nun ein Ausgabeposten von 1085 Mark an den Sekretär und Leiter der Ausstellung, der zu verschiedenen Ausschreibungen Anlaß gab. Die Ausstellungshelden zogen aber diesmal den kürzeren, denn mit großer Majorität wurde ein Beschluss gefaßt, der das Ausstellungskomitee verpflichtet, binnen drei Tagen Bücher und Belege der Ausstellung dem Vorstand des Vereins Leipziger Gastwirte auszuhändigen, damit dieser eine Nachprüfung vornehmen und einer späteren Versammlung das Resultat der Untersuchung mitteilen kann. Die Herren sind jetzt bis auf einen aus dem Vorstande des B. L. G. teilweise ausgemerzt, teilweise selbst gegangen. Unter diesen Umständen ist nun Hoffnung vorhanden, daß endlich Aufklärung über diese helle Sache kommt.

Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse für Leipzig u. Umg. schreibt uns: Die Schwundredaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten hat, wie erwartet, meinen gestrichen Brief an diese saubere Papier nicht nur nicht abgedruckt, sondern lehnt auch die Veröffentlichung der ihr angeblich zugegangenen „interessanten Schriftstücke“ mit folgenden faulen Redensarten ab:

Es ist zwar seit Geplogenheit der sozialdemokratischen Presse gewesen, dergleichen Zuschriften, die ihr auf den Meda-

tionen nachdrucken, abzudrucken. Die bürgerliche Presse hat dieser Geplogenheit aber nie gehuldigt, und selbst der Wunsch des Herrn Pöllner ist für uns nicht maßgebend genug, mit dieser unfruchtbaren Praxis zu brechen.

Die bisherige Praxis der Leipziger Neuesten Nachrichten besteht in vorliegenden Falle darin, zum Zwecke der Wahlmachterwerbung oder angebliche Behauptungen, die im besten Falle glatt erfolgen sind, geheimnisvolle Andeutungen in die Welt zu schleudern, eine schäfliche Erörterung der angeblichen Behauptungen aber durch eine elende Ausflucht auf das „Abstimmungsgeheimnis“ zu verhindern. Das bezahlte Gewerbe der öffentlichen Brunnenvergittere kann besser, als es hier geschehen, gar nicht bloßgestellt werden. Zur Sache selbst habe ich bei dem traurigen Abschluß der Linien-Mediation meiner gestrichen Erklärung nichts mehr hinzuzufügen. Ich überlasse es aber den dem Stande der Arbeiter angehörigen Herren des Vorstandes der Leipziger Ortskrankenkasse, die nämlich der sozialdemokratischen Partei nicht angehören, ihrerseits zu der von den Leipziger Neuesten Nachrichten verdeckten Verdächtigung der sozialdemokratischen Leitung der Kasse“ Stellung zu nehmen!

Otto Pöllner.

Der Terrorismus der Staatsbeamten. Die Art und Weise, wie die hiesige Studentenschaft zum Eintritt in die Kandidatur Jung beeinflußt wird, veranlaßt uns, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen.

Zunächst dürfte es den Eingeweihten merkwürdig erscheinen, daß gewisse Kreise, die noch vor nicht langer Zeit den katholischen Studentenverbindungen gerade wegen ihrer politischen Verfeindung die Christenverachtung abwenden, die Studentenschaft bei der kommenden Reichstagswahl für ihre parapolitischen Bestrebungen gewinnen wollen. Wer heute die Aufrufe in den bürgerlichen Blättern und an den Aufschlagbrettern der Universität sieht, der muß annehmen, alle Studenten seien eingeschworene Nationalliberalen. Mit einem Pathos, der einer besseren Sache wert wäre, weiß man darauf hin, daß die 711 wahlberechtigten Studenten der „nationalen“ Sache zum Siege verhelfen könnten. Man vergißt ganz dabei, daß es auch Peute gibt, die andre politische Ansichten haben. Auf jede Weise sucht man ferner die noch nicht wahlberechtigten Studierenden durch Appell an ihr nationales Gewissen zu veranlassen, sich durch Abstimmerverteilung, Herbelholung von Wahlsäumen usw. um das bedrohte Vaterland verdient zu machen. Namentlich aber will man die akademische Jugend für die Kolonialpolitik begeistern, von der man ihr natürlich nur lobenswertes zu berichten weiß. „An bewehrten“ Porträts über diese Argen fehlt es nicht. Dabei schweigt man in betreff der beiden Hauptpunkte, daß nämlich 1. zur Ansiedlung in den Kolonien mindestens 40000 M. nötig sind, 2. daß das Klima für eine länger dauernde Ansiedlung zu ungünstig ist.

Haben überhaupt viele Studenten Veranlassung, so sehr für die bürgerlichen Parteien zu schwärmen? Jetzt kann man ihre Hilfe wohl brauchen, nach der Wahl aber erinnert man sich ihrer nicht mehr freilich,bler gilt ja das Wort: „Weh Brod ich eh, deh Kied ich sing“; namentlich aber zeigt sich dies bei den Angehörigen gewisser Korporationen, vor allem des Köniener S. C., bei denen ja der Kurtpatriotismus seine schönen Blüten geläßt. Der Erfolg bleibt allerdings dann nicht aus. Wer wählt nicht, daß die Herren Körpersstudenten meist die besten Stellen im Staate erhalten? Nüchtern sie sich doch selber dessen. Stellen sie nicht das Hauptfotengen unter den akademisch gebildeten (der national) Anhängern der nationalliberalen Partei dar?

Deshalb kann ein freibekannter Student nicht so unklug sein, für eine Partei zu stimmen, an deren Spitze solche Leute stehen.
N. N., stud. phil.
M. M., cand. med.

Wegen Beleidigung des Buchhändlers Stiehl wurde heute unser verantwortlicher Redakteur Genosse Herr vom Schöffenrichter zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Ausführlicher Bericht folgt.

In schamloser Weise belästigte in der Nähe der Seumestraße in L.-Schleußig und Kleinzschocher ein unbekannter Mann wiederholt Schulmädchen, wenn diese früh zur Schule gingen. Der noch nicht ermittelte Täter ist 35 bis 40 Jahre alt, von mittlerer Größe, schmächtig, hat dunklen Schnurrbart und trägt einen dunklen Liebeszieher und schwarzen weichen Hut.

Von physischer Krankheit befallen wurde gestern abend auf dem Georgiring ein 27 Jahre alter Aufsichts; er brach beim Joggingslos zusammen und wurde in das Krankenhaus übergeführt.

Von einem Droschkengehirn umgerissen wurde gestern in der Voithstraße ein 66 Jahre alter Hofsenträger. Der Mann erlitt einen Unterschenkelbruch und wurde in das Krankenhaus gebracht.

Gerichtsjaal.

Schwurgericht.

Wegen Meineids hatte sich heute der Arbeiter Friedrich Karl Matthes aus Hainichen zu verantworten. Der Beschuldigte ist am 21. Dezember 1861 in Hainichen geboren und war früher Landwirt. Er hat im vorigen Jahre vor dem heiligen Amtsgericht den Offenbarungszauber geleistet. Später stellte sich heraus, daß er noch ca. 18 000 M. in seinem Besitz hatte.

Der Angeklagte behauptet, richtig geschworen zu haben, und schildert ausführlich den Gang. Er habe vor dem Tage des Offenbarungszauber, dem 6. September, obige 18 000 M. verloren und sie deshalb nicht in das Vermögensverzeichnis aufnehmen können. Es gibt zu, am 4. August bereits dem Gerichtsvollzieher den Besitz von 18 000 M. verschwiegen zu haben. Matthes lebt seit langer Zeit mit seiner Frau in Unfrieden und hat mit ihr fortwährend Vermögensstreitigkeiten und Prozeße. In die ganze Angelegenheit spielen verschiedene unhaubliche Ereignisse hinein. Die angeblich verlorenen 18 000 M. haben sich bisher nicht wiedergefunden. (Die Verhandlung dauert fort.)

Von Nah und Fern.

Überfahrt.

Bonabell, 28. Januar. Der Bremer Schmied überschiff und tötete zwei Arbeiter, die auf der benachbarten Station Helm auf der falschen Seite des Auges ausgezogen waren. Ein dritter Arbeiter wurde schwer verletzt.

Kohlengasvergiftung.

Breslau, 28. Januar. In der südlichen Gasanstalt im Landeshut wurden in der vergangenen Nacht drei Gasanstaltarbeiter tot aufgefunden. Sie waren Kohlengasen zum Opfer gefallen.

Die nächste (Freitag-) Nummer unsrer Zeitung erscheint wegen der Reichstagswahl zirka 2 Stunden früher.

Am Sonnabend früh gelangt eine Extra-Nummer mit den bis 5 Uhr früh eingegangenen **Wahlresultaten** zur Ausgabe.

Die Expedition der Leipziger Volkszeitung.

Oberschänke, Gohlis.

Freitag, den 25. Januar, von abends 7½ Uhr ab
Verkündigung der Wahlresultate
mit grossem Freikonzert
wozu freundlichst einlade Robert Büttner.
NB. Sämtliche Lokalitäten sind gut geheizt.

Restaurant Mönchshof

Gohlis, Georgstr. 21.

Morgen Freitag

Wahlresultatverkündigungen
verbunden mit musikalischer Unterhaltung.

Sitz des Bezirks-Wahlkomitees. Ignatz Kaczmarek.
Ergebnis lautet ein

Gohlis, Thüringer Hof, Elsbethstraße
Nr. 16.

Morgen, d. Bekanntgabe d. Wahlresultate.
25. Januar 1938)

Achtungsvoll L. Lösche.

Birkenschlößchen, Wahren.
Freitag, den 25. Januar, abends

Wahl-Resultats-Verkündigung
Für Unterhaltung ist gesorgt.

Max Müller. Paul Rauch.

1851)

Die Wahl
fällt Ihnen gar nicht mehr schwer zwischen d. verschied. Kaffeesort, sob. Sie wiss., dass

Thalysia - Malzkorn - Kaffee
kein Kaffeegist enthält, sehr billig ist u. täuschend kaffeeähnlich schmeckt und riecht.

1 Pfund 28 Pf.

Reformhaus „Thalysia“, Neumarkt 20;
Südstr. 38; Eu.; Schlesestr. 2; 60; Hallische Str. 81; El.; Gundorfer Str. 13; Pla.; Mühlenstr. 11; Rdn.; Laubehweg 79; Cho.; Südtzitzer Str. 23; Vo.; Eisenbahnstr. 96; und Oetzsch.

maschinenfaust Zimmermann.

Hall. Zehn., Karolinenstr. 12, pt.

Restaurant Horn, Gohlis, Hall. Str. 72

Freitag, den 25. Januar, abends von 7½ Uhr ab
Wahlresultats-Verkündigung
mit Unterhaltungs-Musik im hinteren Gesellschaftsraum.
Hierzu lädt ergebnis ein Hermann Horn.

Döllitz, Reichstagswahl.

Das Wahllokal ist nicht im Gemeindeamt, sondern im

Gasthof zum Reiter.

Freitag abend findet daselbst Wahlresultats-Verkündigung statt.

Neuer Gasthof, Mockau.

Telephon 5470.

Freitag, den 25. Januar zur Reichstagswahl:

Verkündigung des Wahl-Resultats
verbunden mit grossem Freikonzert.

Es lädt ergebnis ein [1850] Otto Kuhne.

Schwarzes Ross, Liebertwolffswitz.

Freitag, den 25. Januar, von abends 7 Uhr am

Wahlresultat-Verkündigung.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Es lädt ergebnis ein [1786] Wilhelm Haupt.

Schellfisch ohne Kopf Pfund 35,-
do. grossmittl. Pfnd. 45,-
do. kleinmittl. Pfnd. 30,-
do. klein. Pfnd. 20,-

Kabeljau ohne Kopf Pfnd. 25,-
Seelachs ohne Kopf Pfnd. 30,-

Rotzungen Pfnd. 80,-

Schollen Pfnd. 30-50,-

Austernfisch Pfnd. 50,-

Zander Pfnd. 90,-

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Reichsstrasse 25.

R. Ewalds ausgewählte Märchen gebund. 1,50, broschirt L. — M. Volksbuchh. Leipzig u. Filialen.

2-3,- Pf. — Stoff nur 80 Pf. 2-3,- Pf.

Ohne Konkurrenz!

L. Kleinzschocher.

Zigarren, Zigaretten und Tabak empfohlen [6727]

E. Krübler, 2. Plaatz, Südtzitzer Str. 60.

Filiale: 2. Plaatz, Mergentheim 11; NB. Bonnemeyer, 10 a b Volkstr. werden jederzeit entgegen genommen.

18 CIGARREN

TABAK & ZIGARETTEN

L. Kleinzschocher.

Juhns wascht am besten

Gorkis Werke —

2. Plaatz, Stoff 10 M. 6. — M. Volksbuchh. Leipzig u. Filialen.

2-3,- Pf. — Stoff nur 80 Pf. 2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

2-3,- Pf.

3. Beilage zu Nr. 20 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 24. Januar 1907.

Die Wahlbezirke und Wahllokale.

gibt der Rat der Stadt Leipzig für den 12. Reichstagswahlkreis Leipzig bekannt. Es sind im ganzen 56 Wahlbezirke. Die Einteilung ist folgende:

1. Wahlbezirk: Burgstraße, Kupfergasse, Lotterstraße, Magazingasse, Markgrafenstraße, Peterskirchhof, Petersstraße, Preußengäßchen, Rathausdring, Schloßgasse, Schulstraße, Spätergäßchen, Thomasgasse, Thomastrichhof, Thomasdring.

Wahllokal: Restaurant Alting u. Helsig, Schloßgasse 22/24.

2. Wahlbezirk: Augustusplatz, Gewandgäßchen, Grimmaische Straße, Neumarkt, Nikolaistraße, Ritterstraße, Schillerstraße, Universitätsstraße.

Wahllokal: Palast-Hotel, Ritterstraße 30/32.

3. Wahlbezirk: Barfußgäßchen, Böttchergäßchen, Goethestraße, Goldschmiedgäßchen, Katharinenstraße, Klostergasse, Markt, Marktplatz, Nikolaikirchhof, Reichstraße, Salzgäßchen, Schuhmachergäßchen.

Wahllokal: Restaurant Bills Tunnel, Barfußgäßchen 9, I.

4. Wahlbezirk: Brühl, Hällesche Straße, Löhrsplatz, Löhrstraße 1—25, 2—24, Parkstraße, Blauesches Blatt, Blauesche Straße, Rosenthalgasse, Vor dem Rosentore, Schulplatz, Theatergasse, Theaterplatz, Böllnerstraße.

Wahllokal: Restaurant Böllnwohl, Löhrstraße 7.

5. Wahlbezirk: Große Fleischergasse, Kleine Fleischergasse, Hainstraße, Vorhangstraße, Matthäikirchhof, Töpferstraße.

Wahllokal: 2. höhere Bürgerschule, Eingang Schulplatz 1.

6. Wahlbezirk: Einsenaustraße, Humboldtstraße, Löhrstraße von 26 und 27 ab, Parthenstraße, Pfaffendorfer Straße.

Wahllokal: 2. Bürgerschule, Löhrstraße 26.

7. Wahlbezirk: Blücherplatz, Blücherstraße außer Brandst. Nr. 1258 (Thäl. Bahnhof, Kreuz auf Neudörfer Flur), Eberhardstraße, Heilige Straße, Packhofstraße, Uferstraße, Vorplatz.

Wahllokal: Restaurant Thiemanns Haus, Georgiring 19, Eingang Blücherplatz.

8. Wahlbezirk: Gerberstraße, Lohmühlgasse, Nordstraße 1—35, 2—30.

Wahllokal: Restaurant Reglerheim, Nordstraße 17.

9. Wahlbezirk: Apelstraße, Berliner Straße, Bitterfelder Straße, Hamburger Straße 1—81, 2—40, Harzstraße, Hohmannstraße, Böllner Weg, Rotheißplatz, Wittenberger Straße 1—25, 2—10, Herderstraße.

Wahllokal: 1. Realschule, Nordstraße 37.

10. Wahlbezirk: Alterstraße, Gutriegischer Straße, Hauptzollamtstraße, Nordplatz, Nordstraße von 32 und 37 ab, Prendelstraße, Nöthnerstraße, Vorplatz.

Wahllokal: 4. Bezirksschule, Vorplatz, Eing. für Mädchen.

11. Wahlbezirk: Blumenstraße 1—15, 2—22, Delitzscher Straße 1—10, 2—16, Dessauer Straße, Döllnicker Str., Ehrensteinstraße, Eselerstraße, Am Exerzierplatz, Gelbelstraße, Görlitzer Straße 1—41, 2—34, Neuere Hallese Straße 2a—20, Kahrbachstraße 10b—121 (Kat. Nr. 24 N und 24 O, Niedlingsberg, Weckstraße, Monikastraße, Springerstraße, Thierschstraße 18, 24—38, und Brandst. Nr. K. 25 F. 8, Barnestraße).

Wahllokal: 4. Bezirksschule, Vorplatz 4, Eing. f. Knaben.

12. Wahlbezirk: Bahnhofsgäßchen, Brandenburger Straße, Gellertstraße, Georgienstraße, Georgiring, Hofmeisterstraße, Karlstraße, Schützenstraße, Wintergartenstraße.

Wahllokal: Restaurant Mariengarten, Karlstraße 10.

13. Wahlbezirk: Friedrich-Lust-Straße, Marienplatz, Marienstraße, Mittelstraße, Tauchaer Straße 1—88, 2—84.

Wahllokal: Restaurant Thiemesche Brauerei, Tauchaer Straße 25.

14. Wahlbezirk: Egelseite, Kohlgartenstraße 4—14, Lange Straße, einschließlich dor in der Grenzstraße in Leipzig-Neubnig gelegenen Grundstücke Brandkasten Nr. 870 B, D und E, An der Wilschinsel, Ranftische Gasse von 1 ab und 2—6, Neudörfer Straße.

Wahllokal: Restaurant Golbne Säge, Dresdner Straße 19.

15. Wahlbezirk: Blumengasse, Dresdner Straße 1—28, 2—22, Inselstraße, Kreuzstraße 1—27, 2—34, Kurze Straße.

Wahllokal: Restaurant Zum Hopfenstod, Dresdner Str. 1.

16. Wahlbezirk: Antonstraße, Dötzstraße, Gerichtsweg 2 bis 20, Hospitalstraße 1—11, 2—36, Vor dem Hospitaliore, Johanniskirche, Im Johannistal, Platstraße, Täubchenweg 1—15, 2—4.

Wahllokal: 1. höhere Bürgerschule, Täubchenweg 2.

17. Wahlbezirk: Czermak's Garten, Dörrstraße, Grimmaischer Steinweg, Rosstraße, Querstraße, Rabensteinplatz, Salomonstraße.

Wahllokal: 3. Bürgerschule, Johanniskirchplatz 6/7.

18. Wahlbezirk: Johanniskirchplatz, Lindenstraße, Nürnberger Straße, Rosstraße.

Wahllokal: 1. Bezirksschule, Eingang Nürnberger Str. 53.

19. Wahlbezirk: Seeburgstraße, Talstraße, Webergasse.

Wahllokal: 1. Bezirksschule, Eingang Nürnberger Str. 53.

20. Wahlbezirk: Königsstraße, Sternwartenstraße.

Wahllokal: 1. Bezirksschule, Eingang Gläserstraße 6.

21. Wahlbezirk: Baubosstraße, Dößener Weg, Gläserstraße, Johannisthalallee von 19 und 20 ab, Liebigstraße, Linnestraße, Ostplatz, Stephanstraße.

Wahllokal: 1. Bezirksschule, Eingang Gläserstraße 6.

22. Wahlbezirk: Friedrichstraße, Jablonowskistraße, Windmühlenstraße, Windmühlenweg.

Wahllokal: Restaurant Großopp, Turnerstraße 27.

23. Wahlbezirk: Brüderstraße, Leopoldstraße, Markthallenstraße, Turnerstraße.

Wahllokal: Panorama, Rosplatz 5.

24. Wahlbezirk: Härtelstraße, Königstraße, Kramerstraße, Kupferstraße, Mühlstraße, Müngasse, Petersteinweg, Rosplatz.

Wahllokal: Schiefer Restaur., Kramerstraße 3.

25. Wahlbezirk: Albertstraße, Bahnhofsvorplatz, Karolinenstraße, Kohlenstraße 1—11, 2—14.

Wahllokal: Höhere Schule für Mädchen, Schleiterplatz.

26. Wahlbezirk: Elisenstraße 1—87, 2—22, Emilienstraße, Schleiterplatz, Schleiterstraße.

Wahllokal: Höhere Schule für Mädchen, Schleiterplatz.

27. Wahlbezirk: Bahnhofsvorplatz 1—51, 2—64, Kohlenstraße von 18 ab gerade Nummern, Sibonienvstr. 1—21, 2—22.

Wahllokal: Hotel Stadt Nürnberg, Bahnhofsvorplatz 8.

28. Wahlbezirk: Arndtstraße von 57 ab ungerade Nummern, Bahnhofsvorplatz von 68 und 68 ab, Böhnigter Straße.

Wahllokal: 6. Bürgerschule, Arndtstraße 60, Eingang rechts.

29. Wahlbezirk: Elisenstraße von 89 und 24 ab, Rosaliestraße von 65 und 65 ab.

Wahllokal: 6. Bürgerschule, Arndtstraße 60, Eingang links.

30. Wahlbezirk: Hohe Straße, Sibonienvstraße von 51 und 24 ab.

Wahllokal: 3. Bezirksschule, Hohe Str. 45, Eingang für Knaben.

31. Wahlbezirk: Sibonienvstraße 28—49, Sophienstraße.

Wahllokal: Restaurant Schauspielhaus, Sophienstr. 17/19.

32. Wahlbezirk: Lübeckstraße, Sophienplatz, Seither Straße.

Wahllokal: Realgymnasium, Sidonienstraße 50.

33. Wahlbezirk: Arndtstraße von Nr. 60 ab gerade Nummern, Körnerplatz, Körnerstraße.

Wahllokal: Restaurant Vereinebrauerei, Seither Straße 36.

34. Wahlbezirk: Kaiser-Wilhelm-Straße 1—45, 2—26 c, Moltkestraße 1—58, 2—58.

Wahllokal: Restaurant Turnhalle, Moltkestraße 17.

35. Wahlbezirk: Kaiser-Wilhelm-Straße von 47 und 28 ab, Hochstraße 1—67, 2—104.

Wahllokal: 8. Bezirksschule, Scharnhorststraße 15 I., Eingang für Knaben.

36. Wahlbezirk: Andreasstraße, Arndtstraße 1—55, 2—58, Hardenbergstraße.

Wahllokal: 6. Bürgerschule, Arndtstraße 60, Eingang rechts.

37. Wahlbezirk: Altenburger Straße, Schenkendorfstraße, Steinstraße.

Wahllokal: 6. Bezirksschule, Moltkestraße 55, Eingang links.

38. Wahlbezirk: Scharnhorststraße, Südstraße 35—71, 32—72.

Wahllokal: 8. Bezirksschule, Scharnhorststraße 15, Eingang für Mädchen.

39. Wahlbezirk: Kronprinzenstraße, Südplatz.

Wahllokal: 8. Bezirksschule, Scharnhorststraße 15 I., Eingang für Knaben.

40. Wahlbezirk: Richterstraße, Kaiserin-Augusta-Straße nördliche Seite, Kantstraße, Südstraße 1—38, 2—30.

Wahllokal: 8. Bezirksschule, Scharnhorststraße 15, Eingang für Mädchen.

41. Wahlbezirk: Brandvorwerkstraße.

Wahllokal: 3. Realschule, Schleusinger Weg 2 a.

42. Wahlbezirk: Braustraße, Dufourstraße, Fürstenstraße, Wohlmannstraße, Schleusinger Weg.

Wahllokal: 3. Realschule, Schleusinger Weg 2 a.

43. Wahlbezirk: Ferdinand-Rhode-Straße, Floßplatz, Grassistraße, Hardtstraße, Mozartstraße, Pestalozzistraße, Reichsgerichtsplatz, Neuböhming, Neuplatz, Robert-Schumann-Straße, Wilhelm-Schaffert-Straße.

Wahllokal: 3. höhere Bürgerschule, Pestalozzistraße 4, Eingang für Mädchen.

44. Wahlbezirk: Beethovenstraße, Hartfortstraße, Johanna-part, Karl-Tuchnich-Straße, König-Albert-Allee, Lampenstraße, Sachsenallee, Scheibenholzweg, Schwäglichenstraße, Simonsstraße.

Wahllokal: Städtische Gewerbeschule, Wächterstraße 13.

45. Wahlbezirk: Bismarckstraße, Davidstraße, Hauptmannstraße, Höllerstraße, Matznerstraße, Moschelestraße, Schreberstraße.

Wahllokal: 4. Bürgerschule, Höllerstraße 7.

46. Wahlbezirk: Nonnenweg, Plagwitzer Straße, Sebastian-Bach-Straße.

Wahllokal: Eissigs Restaurant, Sebastian-Bach-Straße 13.

47. Wahlbezirk: Alter Amtshof, Dorotheenstraße, Moritzstraße, Reichelsdorf, Rudolfstraße, Wiesenstraße, Zimmerstraße.

Wahllokal: Thomaschule, Schreberstraße 9.

48. Wahlbezirk: Wendelsohnstraße, Seitenstraße, Weststraße.

Wahllokal: Thomaschule, Schreberstraße 9.

49. Wahlbezirk: Alexanderstraße, Kolonabendstraße, Jenischstraße.

Wahllokal: Brückners Restaurant, Kolonabendstraße 13.

50. Wahlbezirk: Voßstraße, Dorotheenplatz, Elsterstraße, Käststraße, Promadenstraße.

Wahllokal: Sandouei, Elsterstraße 12.

51. Wahlbezirk: Gottschedstraße, Lessingstraße, Neundörfer, Bonifaciusstraße, Thomasiusstraße.

Wahllokal: Restaurant Prinz Heinrich, Gottscheestraße 13.

52. Wahlbezirk: Färberstraße, Fleischersplatz, Jakobstraße, Leibnizstraße, Planstädtler Steinweg.

Wahllokal: 2. höhere Bürgerschule, Eingang Schulplatz 1.

53. Wahlbezirk: Frankfurtstraße 1—35, 2—30, Funkenburgstraße, König-Johann-Straße, Leipziger Weg.

Wahllokal: Vereinigte Freischule, Lessingstraße 23/27, Eingang für Knaben.

54. Wahlbezirk: Auenstraße, Gustav-Döpfner-Straße.

Wahllokal: Italienischer Garten, Frankfurter Straße 11.

55. Wahlbezirk: Fregesstraße, Waldstraße.

Wahllokal: 3. Bezirksschule, Elsässer Straße 1/3, Eingang für Knaben.

56. Wahlbezirk: Christianstraße, Elsässer Straße, An der alten Elster, Libaustraße, Siedlungstraße, Wettinerstraße.

Wahllokal: 5. Bezirksschule, Elsässer Straße 1/3, Eingang für Mädchen.

57. Wahlbezirk: Leipziger-Straße, Gustav-Döpfner-Straße.

Wahllokal: 1. Realschule, L.-Neubnitz, Nohlgartenstr. 58.

58. Wahlbezirk: Leipziger-Straße 2 (Thüringer Bahnhofsareal), Elsässer, Kohlgartenstraße 1—48, 16 bis 20, Konstantinstraße 1—21, 2—18, Rückengartenstraße, Lutherstraße, Ranftische Gasse 8—14, Tauchaer Straße 85 und 86—48.

Wahllokal: Restaurant Zur Wölfe, L.-Neubnitz, Grenzstraße 5.

30. Wahlbezirk: Leipzig-Sellerhausen: Weißerstraße, Paulinenstraße, Schürenhausstraße, Burgner Straße von 91 und 124 ab.

Wahllokal: 15. Bezirksschule, L.-Sellerhausen, Burgner Straße 135, Eingang Kirchstraße.

31. Wahlbezirk: a) Leipzig-Sellerhausen: Höllstraße, Edelstraße, Eisenbahnstraße von 125 und 142 ab, Grenzstraße außer Nr. 26, Greifelstraße, Paunsdorfer Straße, Torgauer Straße von 41 und 40 ab und Brandstätter-Nr. 73 F.

b) Leipzig-Volkmarsdorf: Grenzstraße 26.

Wahllokal: Schürenhaus, L.-Sellerhausen, Eisenbahnstraße 120.

32. Wahlbezirk: Leipzig-Thonberg: Karolinenstraße, Neihenheimer Straße von 2 ab gerade Nummern.

Wahllokal: 12. Bezirksschule, L.-Thonberg, Kirchweg, Eingang für Knaben.

33. Wahlbezirk: Leipzig-Thonberg: Günzstraße, Kirchweg, Mariengasse, Neue Straße, Neihenheimer Straße von 51 ab ungerade Nummern, Niederrheinische Straße von 49 und 58 ab, Schulgasse, Stöttericher Straße 21–25 und von 18 ab, Windmühlenweg.

Wahllokal: 12. Bezirksschule, L.-Thonberg, Kirchweg, Eingang für Knaben.

(Leipzig-Volkmarsdorf: Grenzstraße 26 siehe 31. Bezirk.)

34. Wahlbezirk: Leipzig-Volkmarsdorf: Bergstraße von 20 und 22 ab, Bogislawstraße, Juliusstraße von 1 und 2 ab, Natalestraße, Rabel von 15 und 28 ab, An der Riecksche, Burgner Straße 15a–17.

Wahllokal: Sächsisches Haus Leipzig-Volkmarsdorf, Bogislawstraße 20.

35. Wahlbezirk: Leipzig-Volkmarsdorf: Elisabethstraße, Hildegardstraße.

Wahllokal: Restaurant Deutscher Hof, L.-Volkmarsdorf, Eisenbahnstraße 94.

36. Wahlbezirk: Leipzig-Volkmarsdorf: Konradstraße von 30 und 40 ab, Torgauer Straße 1–35, Wilhelmstraße.

Wahllokal: Reichshallen, L.-Volkmarsdorf, Elisabethstraße 5/7.

37. Wahlbezirk: Leipzig-Volkmarsdorf: Ewaldstraße, Kirchstraße 1–10, 2–84, Marktstraße von 8 ab.

Wahllokal: Restaurant Volkskarten, Volkmarsdorf, Kirchstr. 32.

38. Wahlbezirk: Leipzig-Volkmarsdorf: Eisenbahnstraße 81 bis 123, 84–135, Mariannenstraße von 02 ab gerade Nummern.

Wahllokal: Krügers Restaurant, L.-Volkmarsdorf, Eisenbahnstraße 116.

39. Wahlbezirk: Leipzig-Volkmarsdorf: Beklärgerste Alleestraße, Pfaffstraße, Mariannenstraße von 73 ab und 74 bis 90, Marktstr., Wahlstr.

Wahllokal: Restaurant Andelsburg, L.-Volkmarsdorf, Ludwigstraße 113.

40. Wahlbezirk: Leipzig-Volkmarsdorf: Kirchstraße von 86 ab, Ludwigstraße von 81 und 70 ab, Luisstraße, Markt.

Wahllokal: Hamanns Hotel, L.-Volkmarsdorf, Ludwigstraße 81.

Südvororte.

1. Wahlbezirk: Leipzig-Connewitz: Auerbachstraße, Neuherrnstraße, Voßstraße, Eichendorffstraße, Neuherrn-Eisenstraße, Frohburger Straße 1–43, 2–40, Gustav-Freitag-Straße, Kaiser-Augusta-Straße südliche Seite, Kochstraße von 69 und 108 ab, Scheffelstraße, Südstraße von 73 und 74 ab, Wiedebachstraße.

Wahllokal: 14. Bürgerschule, L.-Connewitz, Waisenhausstr. 7.

2. Wahlbezirk: Leipzig-Connewitz: Basdorffstraße, Brandstraße, Coburger Straße, Forstweg, Herderstraße, Rathsdienststraße, Reutergasse, Rohrmühlerstraße, Simidenstraße, Waisenhausstraße.

Wahllokal: Friedrichshallen, L.-Connewitz, Brandstraße 11.

3. Wahlbezirk: Leipzig-Connewitz: Biedermannstraße, Vornaische Straße ungerade Nummern, Pfefferingerstraße.

Wahllokal: 27. Bezirksschule, L.-Connewitz, Herberstraße 8.

4. Wahlbezirk: Leipzig-Connewitz: Vornaische Straße ungerade Nummern, Hermannstraße, Görlitzer Straße.

Wahllokal: 27. Bezirksschule, L.-Connewitz, Herberstraße 8.

5. Wahlbezirk: Leipzig-Connewitz: Döbner Straße 1–23, 2 bis 23, Edelstraße, Frohburger Straße von 45 und 42 ab, Hildebrandstraße, Meissner Straße, Mühlstraße, Zwickauer Straße.

Wahllokal: Kaffeegarten, L.-Connewitz, Pegauer Str. 55.

6. Wahlbezirk: Leipzig-Connewitz: Apothekerstraße, Erneststraße, Hammerstraße, Königstraße, Leopoldstraße, Pegauer Straße, Teichstraße.

Wahllokal: Restaurant zur Post, L.-Connewitz, Pegauer Str. 28.

7. Wahlbezirk: a) Leipzig-Connewitz: Döbner Str. von 25 und 28 ab, Gaschwitzstraße, Memmstraße, Probstheidestraße.

b) Leipzig-Vöhringen: Vornaische Straße, Coloredstraße, Haasestraße, Leibnitzer Straße, Lichtensteinstraße, Löbster Straße, Meerbeldplatz, Meerveldtstraße, Naschitzer Straße, Möhlsche Straße.

Wahllokal: 31. Bezirksschule, L.-Connewitz, Probstheidestraße.

Westvororte.

(Leipzig-Kleinzschocher: Bahnhof Plagwitz-Lindenau, Sächs. Empfangsgebäude: 27. Wahlbezirk, Jahnstraße 25 bis 29b und Nonnenstraße von 29 und 50 ab; 28. Wahlbezirk.)

1. Wahlbezirk: Leipzig-Kleinzschocher: Gießerstraße von 21 und 30 ab, Klingensstraße von 5 und 6 ab, Markranstädter Str., Alte Salzstraße, Bischöfliche Straße 76 und 78.

Wahllokal: Restaurant Windmühle, L.-Kleinzschocher, Gießerstraße 68.

2. Wahlbezirk: L.-Kleinzschocher: Antonienstraße, Elisabethallee 47–79 und 54, Limburgerstraße, Schleuniger Weg, Wachsmuthstraße, Wendlerstraße.

Wahllokal: 13. Bürgerschule, L.-Kleinzschocher, Antonienstraße 24.

3. Wahlbezirk: Leipzig-Kleinzschocher: Siemensstraße, Wandstraße.

Wahllokal: 13. Bürgerschule, L.-Kleinzschocher, Antonienstraße 24.

4. Wahlbezirk: Leipzig-Kleinzschocher: Gerhardstraße, Gustav-Adolf-Straße, Kirchdamm, Clarastraße, Neue Straße, Rudolfstraße.

Wahllokal: Restaurant Albertsburg, L.-Kleinzschocher, Gustav-Adolf-Straße 21.

5. Wahlbezirk: Leipzig-Kleinzschocher: Dieskaustraße, Windorfer Straße.

Wahllokal: Restaurant Terrasse, L.-Kleinzschocher, Windorfer Straße 81.

6. Wahlbezirk: Leipzig-Kleinzschocher: Bahnhofstraße, Baumstraße, Campestraße, Kanuthainer Straße, Lutherstraße, Mühlstraße, Panitzstraße, Schwarzenstraße.

Wahllokal: 25. Bezirksschule, L.-Kleinzschocher, Dieskaustraße 26.

7. Wahlbezirk: Leipzig-Kleinzschocher: Eulstraße, Nöthnitzer Straße, Paradiesweg, Neuer Friedhof, Schlossweg, Schönauer Weg, Wirtschaftsweg, Straße V, Straße VII, Straße XIV, Gutsbezirk Kleinzschocher.

Wahllokal: 32. Bezirksschule, L.-Kleinzschocher, Dieskaustraße 76.

8. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Elisabethallee 1–7, Frankfurter Straße von 37 und 38 ab, Kubaturstraße, Lindenstraße, Lionstraße, Luppenstraße, Rückner Straße 1 bis 33, 2 bis 48, Niederrheinische Straße 1–5, 2–10.

Wahllokal: Restaurant zur Linde, L.-Lindenau, Lindenstr. 23.

9. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Angerstraße, Demminerstraße 1–19, 2–22, Harlortstraße, Leichtstraße.

Wahllokal: Restaurant zum goldenen Adler, L.-Lindenau, Angerstraße 40.

10. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Gemeindeamtstraße, Gößstraße, Kirchstraße, Markt, Marktstraße, Odermannstraße, Rabenerstraße, Rohstraße.

Wahllokal: Deutsches Haus, Lindenau, Markt 29.

11. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Burgauerstraße, Mühlstraße, Bettinerstraße.

Wahllokal: 10. Bezirksschule, L.-Lindenau, Fleisen- und Kirchstraße, Eingang Kirchstraße.

12. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Friesenstraße, Hahnenmannstraße, Holzstraße, Klosterstraße, Leubnitzer Straße, Ottostraße, Straße K.

Wahllokal: Restaurant Walbos, L.-Lindenau, Tauchnitzstraße 2.

13. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Ahlfeldstraße, Diakonissenstraße, Flemmingstraße, Gellertplatz, Georgplatz, Goethestraße, Grohmannstraße, Güntherstraße, Hindenburgstraße, Rosenmüllerstraße.

Wahllokal: 23. Bezirksschule, L.-Lindenau, Uhlandstr. 8, Eingang für Knaben.

14. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Georgstraße, Mercedesstraße von 77 und 78 ab.

Wahllokal: Gasthaus Stadt Merseburg, Lindenau, Mercedesstraße 107.

15. Wahlbezirk: L.-Lindenau, Gundorfer Straße, Quedstraße, Tauchnitzstraße.

Wahllokal: 23. Bezirksschule, L.-Lindenau, Uhlandstr. 8, Eingang für Mädchen.

16. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau, Hauschildstraße, Reuterstraße, Uhlandstraße.

Wahllokal: 23. Bezirksschule, L.-Lindenau, Uhlandstr. 8, Eingang für Mädchen.

17. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Apostelstraße, Demminstraße von 21 und 24 ab, Hebelstraße, Helmuthstraße, Kastenstraße.

Wahllokal: 12. Bürgerschule, L.-Lindenau, Demmeringstraße 31/33.

18. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau, Gerac Straße, Lutherstraße, Lüdner Straße von 35 und 50 ab.

Wahllokal: Restaurant Stadt Lüden, L.-Lindenau, Lüdner Straße 85.

19. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Barndorfer Straße, Dürrenberger Straße, Friedrich-August-Straße 1–33, 2–34, Henriettenstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße Am Kanal, Saalfelder Straße, Salzstraße (nördliche Seite).

Wahllokal: Restaurant Zur Turnhalle, L.-Lindenau, Ecke der Oldenmarkt- und Lüdner Straße.

20. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Gießerstraße 1–9, 2–10, Hermannstraße, Langenstraße, Karl-Heine-Platz, Karl-Heine-Straße von 40 ab und 113, Karlstraße.

Wahllokal: Schloss Lindenfelde, L.-Lindenau, Karl-Heine-Straße 50/52.

21. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Gutsmuthstraße, Maistraße, Thüringer Straße 1–21, 2–14.

Wahllokal: 4. Bürgerschule, L.-Lindenau, Kanzlerstraße 4.

22. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Aurelienstraße, Mercedesstraße 27–75, 38–2–74.

Wahllokal: 22. Bezirksschule, L.-Lindenau, Mercedesstraße 56/58.

23. Wahlbezirk: Leipzig-Lindenau: Birkenstraße 1–19, 2–28, Felsenstraße, Hohe Straße, Josephstraße, Kölner Straße, Kurze Straße, Mühlenstraße.

Wahllokal: 22. Bezirksschule, L.-Lindenau, Mercedesstraße 56/58.

24. Wahlbezirk: Leipzig-Plagwitz: Birkenstraße von 30 ab, Erdmannstraße, Hessenfelsstraße, Hörselstraße, Fröbelstraße, Karl-Heine-Straße 1–71, 2–38, Rosenthalstraße, Siegelstraße, Schöderische Straße 7–38, 12–28.

Wahllokal: Felsenkeller, L.-Plagwitz, Ecke der Karl-Heine- und Bischöflichen Straße.

25. Wahlbezirk: Leipzig-Plagwitz: Elisestraße, Elisabethallee 0–15, 4–52, Ernst-Mey-Straße, Gleisstraße, Nonnenstraße 1–27, 2–48, Schneidstraße.

Wahllokal: 5. höhere Bürgerschule, L.-Plagwitz, Elisabethallee 20/22, Eingang für Mädchen.

26. Wahlbezirk: Leipzig-Plagwitz: Karl-Heine-Straße 78 bis 111, Mercedesstraße 1–26, 2–38, Weihenfelsstraße 1–15, 2–56.

Wahllokal: 24. Bezirksschule, L.-Plagwitz, Weihenfelsstraße 13, Haupteingang.

27. Wahlbezirk: a) Leipzig-Plagwitz: Friedhofstraße, Friedrich-August-Straße 30 und 38, Klingensstraße 1–8 b, 2 bis 4 b, Raumberger Straße, Salzstraße (südliche Seite), Thüringerstraße von 23 und 18 ab, Weihenfelsstraße von 47 und 58 ab, Hollschuppenstraße.

b) Leipzig-Kleinzschocher: Bahnhof Plagwitz-Lindenau, Sächs. Empfangsgebäude.

Wahllokal: 5. höhere Bürgerschule, L.-Plagwitz, Elisabethallee 20/22, Eingang für Knaben.

28. Wahlbezirk: a) Leipzig-Plagwitz: Amalienstraße, Eduardstraße, Gießerstraße 11–19, 12–28, Jahnstraße von 31 und 24 ab.

b) Leipzig-Kleinzschocher: Jahnstraße 25–29 b, Nonnenstraße von 20 und 50 ab.

Wahllokal: Restaurant Zum Dampfschiff, L.-Plagwitz, Jahnstraße 32.

29. Wahlbezirk: Leipzig-Plagwitz: Mühlenstraße, Bischöfliche Straße 35–79, 80–74.

Wahllokal: 24. Bezirksschule, L.-Plagwitz, Weihenfelsstraße 13, Haupteingang.

30. Wahlbezirk: Leipzig-Schleußig: Jahnstraße 1–23, 2–22, Rönnigerstraße 1–71, 2–58 b.

Wahllokal: 26. Bezirksschule, L.-Schleußig, Rönnigerstraße 53, Eingang für Mädchen.

31. Wahlbezirk: Leipzig-Schleußig: Rönnigerstraße von 73 und 60 ab, Schnorestraße.

Wahllokal: Restaurant Zur Börse, L.-Schleußig, Rönnigerstraße 72.

32. Wahlbezirk: Leipzig-Schleußig: Brothausstr., Quandtsstraße, Nachtkirche, Seumestraße, Sieglestraße.

Wahllokal: Restaurant Zum Ritter, L.-Schleußig, Jahnstraße 2.

33. Wahlbezirk: Leipzig-Schleußig: Blümnerstraße, Dammstraße, Erhardstraße, Leiterstraße, Paumgärtnerstraße, Pistoriusstraße, Probstestraße, Rödelstraße.

Wahllokal: 26. Bezirksschule, L.-Schleußig, R

den Angeklagten, die sämtlich vorbestraft sind, äußerst harte Strafen auf. Der jugendliche Häftling wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Verbot zu fünf Jahren sechs Monaten Justizhaus, fünf Jahren Ehrverlust und Genehmigung der Siedlung unter Polizeiaufsicht. Weiterschule zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Dem letzteren wurden mildere Umstände zugestanden. Das Urteil führte aus, daß als Strafnüldner der geringe Inhalt des Verteidigungsberichtes in Betracht komme, ebenso die Tatfrage, daß die Angeklagten nicht die eigentlich Handelnden gewesen seien. Als strafverschärfend sei jedoch die Gemeinheitlichkeit der Tat zu berücksichtigen gewesen, indem die Angeklagten einen schwachen Menschen seiner wenigen Sparsparnisse beraubt hätten.

Versicherungsbetrieb und Versuchte Brandstiftung legte die Anklage dem Amtsgericht Morawitz bei zur Last. Der Angeklagte ist am 31. Dezember 1879 in der Nähe von Löbau in Oberschlesien geboren und wohnt zuletzt in Leipzig-Strehlen. Zu der Verhandlung sind 19 Zeugen geladen. Morawitz, der im April bei der Berliner Feuerversicherungsgesellschaft in der Höhe von 2000 M. verschiedene Sachen und Möbelstücke gegen Feuer versichert hatte, soll am 11. September vorsätzlich seine Wohnung in Brand gesetzt haben, um in Wirkung der Versicherungssumme zu gelangen. Der Angeklagte verteidigte sich mit großer Bungengeschick und bestreit jede Schuld; ausdrücklich suchte er alle Verdachtmomente zu widerlegen. Als der Vorsitzende ihm entgegengestellt, daß seine heutigen Aussagen nicht mit den vor dem Untersuchungsrichter gemachten übereinstimmen, erklärte er, daß ihn dieser ganz verwirrt habe und ihn durchaus fangen wollte. Er habe ihm immer entgegengehalten: „das glauben Sie selber nicht!“ Der Angeklagte verdächtigte ein mit ihm in einem Hause wohnende Ehepaar Winter; die Frau des Winter habe vielleicht in seiner Wohnung in der Nacht nach Geld gesucht und dabei könne durch Fahrlässigkeit der Brand entstanden sein. Er habe sich auch im April bloß aus Mitleid für den Versicherungsbüroagenten, der nur einen Arm hatte, versichern lassen und die Sachen unter ihrem Wert versichert, um 2000 M. nicht zu überschreiten. Unter Heiterkeit des Auditoriums erzählte er Szenen aus seinem Leben. Mit seiner Frau habe er fortwährend Dank und Streit; er habe sich schon am Hochzeitstag mit ihr geprängt und 8 Tage vor dem Brande im Horn mit der Petroleumlampe nach ihr geworfen. Dabei mußte etwas Petroleum in den Korb gelangt sein, in dem der Brand entstanden sein soll. Das Petroleum, das er am Tage vor dem Brand geholt habe, sei zur Beleuchtung bestimmt gewesen. Seine Frau war einige Tage vorher verreist. Eine wichtige Rolle spielen dann weiter in der Verhandlung verschieden verschleierte Gegenstände, die der Angeklagte fortgeschafft hat. Er bestreit, daß er die Gegenstände absichtlich fortgeschafft habe, um eventuell später nach dem Brande noch den Wert der Sachen zu erhalten. Seine Vermögensverhältnisse seien zur Zeit des Brandes verhältnismäßig günstige gewesen.

Biddre Aldernadie.

Mer riken 'n Freitag näher jeßb un näher —
Der Baderloß schdierd diester in de Gose,
Un wäre fröhlich à Gebärdenföhörer.
Er suchde 's Herz der Gegner in der Hose.
Wo's heide sijb, d's scharf zu untersuchen,
Es leider durch de Disgregozjahn verboden —
De „bessern Herrn“ heerd man wie alworn fluchen
In allen „bessern“ Gneiben usf de Stoden.

Na, wenn se Schliff an nächsten Freitag bauen
Un seitwend ein de Siegesshanner sollen,
Wenne mid gründlich ausgebohnen Joden:
Um zwölfe sich in ihre Nesten droßen —
Wir wern gewiß das Beignis nich versagen:
Se hammt gefohld, geschwindels und gelogen,
So daß in diesen uffgeregten Dagen
Wie Schörenkel sich de bisschen Ballen bogen.

We gann von sie wahrhaftig nich verlangen,
Dass se noch nicht in der Gemeenheit leisten,
Denn durch den dickesten Drech sein se gegangen,
Das Dogebloß un Schnoße seine Reisten.
Als Gadebus, als Gimbel un als Schöbaare
Hamm um de Wedde beobachtet sich erweilen
Un ihre nich mehr zwiefelhaftes Waare
Wie Steiferde Ödgar lärmend angebriesen.

Se waren uffgewichld in ihren Dieben".
Se schwören will de schwartzwickechte Fahne,
Se waren schwille selbst nich, wennse schliefen —
Se fudderden un maulden ford in Fahne.
Drechsleidermäßig ging de Blabbermühle
Un lästerde de „westen roden Horden“
Doch unbehaglich-brenzliche Gefiele
Sein se derbei nie vellig lodgeworden.

's wär' fast noch riechlicher, zu unterliegen,
Als miß der Liege un Verkleidung Waffen
Sich durch de Dumm à sogenanndes Siegen
Wid Ach un Grach noch emal zu verschaffen.
Der Hedd „Weide“ gleich an ihre Läden,
Den Ordnungsbüro Urdel is geschbrochen:
Se mischen je selbst wennse siegen bilden,
Sich dennoch schäm bis in das Marls der Quochen.
Fritzen Mrweesensich.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Zur Reichstagswahl!

Die bürgerliche Presse wie überhaupt die bürgerlichen Parteien haben in diesem Wahlkampf kein anderes Prinzip gehabt, als die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Ich selbst, der ich vorläufig noch kein Anhänger der Sozialdemokratie bin, verstehe diese Kampfweise durchaus nicht, denn der von bürgerlicher Seite aufgestellte Kandidat soll sein Vertreter des Volkes werden, sondern einzeln und allein ein Kämpfer der Sozialdemokratie, das beweist die Art und Weise des Wahlkampfes nur zu sehr. Wünschenswert wäre es nur, daß jeder Wahlberechtigte, der nur die nötigste Ahnung von Politik hat, seine Stimme keinesfalls dem bürgerlichen Kandidaten geben würde, denn damit würde sich jeder selbst verlaufen. Gabe sie jeder nur der Partei, die tatsächlich die Interessen der breiten Masse vertritt, die für die Forderungen der Gedanken, kleinen Beamten usw. eintritt und steht gegen die übermäßige Belastung der breiten Volkschichten im Reichstage aus. Das ist für Leipzig nur die Sozialdemokratie, da ein anderer wirklicher Volksvertreter nicht aufgestellt ist. Ich erinnere hier nur kurz an die soziale Arbeitsteuer-Steuer; wie wurde da bei Annahme dieser Steuer geschimpft, und gerade, wer Gelegenheit hatte, in bürgerlichen Kreisen zu versetzen, konnte so manches hören. Und wer war gegen diese Steuern? „Die Sozialdemokratie!“ Man hatte ja auch das gute Recht, über diese Belastung zu schimpfen. Andere Staaten, z. B. die Schweiz, legen die Arbeitsteuersteuer herab, und unter „Deutschland in der Welt voran“ erhöht sie. Aber gerade die, die damals auf diese Steuer schimpften, und das betrifft zum größten Teile „die reisenden Kaufleute“, sollten sich nun auch bewusst sein, für wen sie zu stimmen haben. Da die Bürgerlichkeit steht auf die Sozialdemokratie schimpfen ist mehr wie ungerecht! Man sollte doch im bürgerlichen Lager vernünftig sein und einsehen lernen, daß die Sozialdemokratie unbedingt nötig ist. Aber das will man eben nicht. Ja, du lieber Gott, was sollte werden, und was wäre bis heute geworden, wenn wir uns immer nur auf die sogenannte Dreisilbe — Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie — verlassen wollten? Wie vor der Wahl 1903, machen sie auch diesmal den Wählern alles Gnade plausibel, aber haben sie nur erst den Steg davongetragen, und Herr Dr. Juncs sitzt drin, o weh! dann ist alles wieder vergessen. Herr Dr. Juncs schläft jetzt der nationalliberalen Partei an, aber wie wird er werden im Reichstage? National oder liberal? Die Antwort: National und nicht anders. Jedenfalls kann man vorläufig allen Versprechungen nicht trauen und die Stimme seiner Partei geben, die nur einen kleinen Teil des Volkes vertritt und den größten Teil, die unterdrückte Masse, verläßt wie es die Nationalliberale Partei immer getan hat. Also schlägt sich jeder selbst, seine eigenen Interessen, und giebt seine Stimme niemals einer Partei, die uns seit Jahrzehnten im Stich gelassen hat, gebe ein jeder seine Stimme nur einem wirklichen Volksvertreter das ist: dem Sozialdemokraten, Herrn H. Lange.

Ein Gewerbegelehrte, der vorläufig noch nicht Sozialdemokrat ist.

Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Donnerstag, den 24. Januar: 22. Abonnements-Vorstellung (2. Serie, rot):

La Paloma.

Ein Liebespiel in 4 Akten von Helga Hübel.

Regie: Meister Hänselfer.
Germeline von Dobr. Hrl. Monnard
Marlin Wallerstein. Hrl. Waller.
Ralph Altmann. Hrl. Salomon
Sir John Huntingdon. Hrl. Höhne
Tobias Westel. Hrl. Otto
Madame Zagora. Hrl. Dürck
Dame und Herren.

Das Stück spielt in der Gegenwart im Seebad Brighton.

Unton 10 Uhr. Anklang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspiel-Preise.
Vorverkauf für den laufenden Tag an der Tageskasse von 10-8 Uhr und Montagnachmittag im Wohenhaus Aug. Volkstr. von 8-6 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag an der Tageskasse von 12-8 Uhr. Jedes Billett, welches vor Eröffnung der Tageskasse besteht oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pf. Aufpreis.

Spielplan: Freitag: Zum ersten Male wiederholt: Das lädt Ost. Oder. auf neu einstudiert: Don Pasquale. Anklang 7 Uhr.

Altes Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr:

Die lustige Witwe.

Operette in 3 Akten von Victor von und Stein. Muß von Franz Lehár

Ödne Ouverture.

Regie: Meister Groß. — Kostümlehrerin: Hindenbush. Pfeifchen, Pontebrinische Gesandter.

Baron Mirko Zeta. Hrl. Groß
Oscar Danilo Danilowitsch, Gesandtschafts - Sekretär. Hrl. Rießling
Fabrikkäfer - Leutnant d. R. Hrl. Sturmfeß
Hanna Glamart. Hrl. Untucht
Comme de Mortlon. Hrl. Heine
Visconti Cobacco. Hrl. Bildn
Raoul de St. Etienne. Hrl. Wedlich
Bogdanowitsch, pontebrinischer Kontrolleur. Hrl. Richter
Schlaine, seine Frau. Hrl. Gitarde
Astrom, pontebrinischer Gesandtschaftsdirektor. Hrl. Dralle
Oma, seine Frau. Hrl. Dralle

Spield in Berlin. Hrl. Duse
Hans Klug, Kamill der Gesandtschaft. Hrl. Haas
Dodo. Hrl. Ulrich
Lou-Lou. Hrl. Jahn
Frau-Zrou. Hrl. Waldau
Margot. Hrl. Warschau
Ein Herr. Hrl. Diemann
Ein Kellner. Hrl. Käwinel
Ein Dienst. Hrl. Kerner

Barifer und pontebrinische Gesellschaft. Sudostare. Musikanter. Dienerschaft.

Unton 10 Uhr. Anklang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Gewöhnliche Preise.

Vorverkauf für den laufenden Tag an der Tageskasse von 10-8 Uhr und Montagnachmittag im Wohenhaus Aug. Volkstr. von 8-6 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag an der Tageskasse von 12-8 Uhr. Jedes Billett, welches vor Eröffnung der Tageskasse besteht oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pf. Aufpreis.

Spielplan: Freitag: Die lustige Witwe. Anklang 7 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Gohlstrasse 19.

Madodus wird gerichtlich verfolgt.)

Donnerstag, den 24. Januar, abends 7½ Uhr:

Klassiker-Vorstellung zu halben Preisen.

Die Männer.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich v. Schiller.

Regie: Hans Schreiner.

Wagnersburg 10. Wildenbach

Hans Schreiner 11. Oskar Voigt

Emil Weiß 12. Hans Ledermann

Albert Böhl 13. Kurt Böhl

Wagnersburg 14. Karl Schmid

Emil Weiß 15. Rudolf Meyer

Wagnersburg 16. Margot Wagner

Wagnersburg 17. Grete Erdmann

Wagnersburg 18. Gustav Wüllner

Wagnersburg 19. Karl Dirs

Wagnersburg 20. Oswald Schüller

Wagnersburg 21. Helmut Sandow

Wagnersburg 22. Eduard Stöfel

Wagnersburg 23. Franz Schädling

Wagnersburg 24. Walter Schreiber

Wagnersburg 25. Karl Grob

Wagnersburg 26. Al. Schön

Wagnersburg 27. Gustav Wüllner

Wagnersburg 28. Helmut Sandow

Wagnersburg 29. Eduard Stöfel

Wagnersburg 30. Gustav Wüllner

Wagnersburg 31. Helmut Sandow

Wagnersburg 32. Eduard Stöfel

Wagnersburg 33. Gustav Wüllner

Wagnersburg 34. Helmut Sandow

Wagnersburg 35. Eduard Stöfel

Wagnersburg 36. Gustav Wüllner

Wagnersburg 37. Eduard Stöfel

Wagnersburg 38. Gustav Wüllner

Wagnersburg 39. Eduard Stöfel

Wagnersburg 40. Gustav Wüllner

Wagnersburg 41. Eduard Stöfel

Wagnersburg 42. Gustav Wüllner

Wagnersburg 43. Eduard Stöfel

Wagnersburg 44. Gustav Wüllner

Wagnersburg 45. Eduard Stöfel

Wagnersburg 46. Gustav Wüllner

Wagnersburg 47. Eduard Stöfel

Wagnersburg 48. Gustav Wüllner

Wagnersburg 49. Eduard Stöfel

Wagnersburg 50. Gustav Wüllner

Wagnersburg 51. Eduard Stöfel

Wagnersburg 52. Gustav Wüllner

Wagnersburg 53. Eduard Stöfel

Wagnersburg 54. Gustav Wüllner

Wagnersburg 55. Eduard Stöfel

Wagnersburg 56. Gustav Wüllner

Wagnersburg 57. Eduard Stöfel

Wagnersburg 58. Gustav Wüllner

Wagnersburg 59. Eduard Stöfel

Wagnersburg 60. Gustav Wüllner

Wagnersburg 61. Eduard Stöfel

Wagnersburg 62. Gustav Wüllner

Wagnersburg 63. Eduard Stöfel

Wagnersburg 64. Gustav Wüllner

Wagnersburg 65. Eduard Stöfel

Wagnersburg 66. Gustav Wüllner

Wagnersburg 67. Eduard Stöfel

Wagnersburg 68. Gustav Wüllner

Wagnersburg 69. Eduard Stöfel

Wagnersburg 70. Gustav Wüllner

Wagnersburg 71. Eduard Stöfel

Wagners

